©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

BERND BONWETSCH/ALEXEI FILITOW

CHRUSCHTSCHOW UND DER MAUERBAU

Die Gipfelkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten vom 3.–5. August 1961*

I.

Die Unterbrechung des freien Verkehrs zwischen dem östlichen und dem westlichen Teil Berlins, die die DDR-Führung am 13. August 1961 vornahm, wurde in der ersten offiziellen Verlautbarung als die Erfüllung des kollektiven Willens der Staaten des Warschauer Paktes dargestellt[1]. Das änderte sich jedoch schon recht bald: Das Ausbleiben einer heftigen Reaktion auf die Abriegelungsmaßnahmen – sowohl innerhalb der DDR als auch im Ausland – machte den Verweis auf die Kollektivverantwortung überflüssig. Mit ihren Thesen über die Errichtung eines „antifaschistischen Schutzwalls" und die „zweite Geburt der DDR" begann die Ulbricht-Führung seit November 1961 mehr und mehr die eigene Rolle beim Mauerbau zu akzentuieren. Entsprechend geriet die Idee des „internationalen Auftrags" in den Hintergrund.

Das änderte sich erst nach dem Ende der DDR, als eine Reihe ehemaliger SED-Spitzenfunktionäre wegen der politisch-moralischen Mitverantwortung für den Mauerbau und seine Folgen vor Gericht gestellt wurde. Wie in derartigen Fällen nicht ungewöhnlich, erwies sich der Rechtsweg jedoch nicht als adäquates Mittel zur Feststellung dessen, was im Grunde selbstverständlich war: die Bejahung des Mauerbaus durch die SED-Führer und ihre Mitverantwortung für die Todesschüsse. Interessanterweise haben die in diesem Prozeß im August 1993 befragten russischen Zeugen, die ehemaligen Sowjetdiplomaten Valentin Falin und Juli Kwizinski (Kvicinskij), einander widersprechende Aussagen zur Frage des eigentlichen Initiators der Aktion vom 13. August gemacht: Ersterer nannte Nikita Chruschtschow (Chruščev), letzterer Walter Ulbricht[2]. Chruschtschow selbst hatte in seinen Erinnerungen

* Nachfolgend wird im Text für russische Namen die Duden-Umschrift verwendet, die wissenschaftliche Transliteration, sofern sie davon abweicht, bei erstmaliger Nennung in Klammern dazugesetzt. In den Anmerkungen wird nur die wissenschaftliche Transliteration verwendet.

[1] Vgl. Neues Deutschland, 14. 8. 1961.

[2] Vgl. V. V. Karjagin, Diplomatičeskaja žizn' za kulisami i na scene, Moskau 1994, S. 92. Dem entspricht auch die Darstellung in beider Memoiren: Valentin Falin, Politische Erinnerungen, Mün-

VfZ 48 (2000)
© *Oldenbourg 2000*

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im übrigen die Urheberschaft an der Idee zum Bau der Mauer für sich in Anspruch genommen[3].

Die Forschung ist hinsichtlich der Frage des Einflusses Ost-Berlins auf die Politik der Sowjetunion geteilter Meinung. Mehrere westliche Forscher neigen der Auffassung des damaligen Attachés an der Berliner Botschaft der UdSSR Kwizinski zu, daß Ulbricht nicht nur in der Frage des Mauerbaus, sondern auch hinsichtlich der gesamten sowjetischen Berlin-Politik 1958–1961 eine wesentliche Rolle gespielt habe und in bezug auf die Entscheidung zum Mauerbau der Treibende, Chruschtschow dagegen der Getriebene gewesen sei, der schließlich „Mühe hatte, mitzuhalten" (Gaddis)[4].

Diese Interpretation, die den Blick nur auf das sowjetisch-ostdeutsche Verhältnis richtet, übertreibt vermutlich den Einfluß Ulbrichts bzw. der DDR auf die sowjetische Politik. Aber richtig ist sicher, daß dieser Einfluß und der Wunsch, die eigenen Interessen in der sowjetischen Politik aufgehoben zu sehen, relativ stark waren. Diese Auffassung wird bestätigt durch einen der damaligen außenpolitischen Berater Chruschtschows, Oleg Trojanowski (Trojanovskij), der in seinen Erinnerungen im Zusammenhang mit der Berlin-Krise ausführt, er habe von den SED-Führern keineswegs den Eindruck gewonnen, daß sie wie Schachfiguren von Moskau aus bewegt wurden, sondern daß sie selbst „aktive Spieler" waren, die „von Moskau ständig eine offensivere Taktik gegenüber Westdeutschland und Westberlin zu erreichen suchten" und es zeitweilig mit „Botschaften und Telephonanrufen buchstäblich bombardierten"[5]. Ob dies allerdings bedeutet, daß ihr Einfluß auf die Moskauer Politik so stark war, daß Chruschtschow schließlich durch Ulbricht zum Handeln gezwungen wurde, wie vor allem Hope Harrison betont, ist eine andere Frage. Michael Lemke kommt bei der Beobachtung derselben Tatbestände zu der entgegengesetzten Schlußfolgerung, daß die DDR wegen der seit Mitte 1960 zunehmenden wirtschaftli-

---

chen 1995, S. 335–345; J. Kwizinskij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 178–187.

[3] Für die jetzt maßgebliche Version der Erinnerungen Chruschtschows vgl. Memuary Nikity Sergeeviča Chruščeva, in: Voprosy istorii 1993, Nr. 10, S. 69. Vgl. Khrushchev Remembers. The Glasnost Tapes, Boston 1990, S. 169. Der damalige Chefredakteur des „Neuen Deutschland" hat das später ebenfalls bestätigt: Hermann Axen, Ich war ein Diener der Partei. Autobiographische Gespräche mit Harald Neubert, Berlin 1996, S. 224.

[4] John L. Gaddis, We Now Know. Rethinking Cold War History, Oxford 1997, S. 143; Hope M. Harrison, Ulbricht and the Concrete „Rose": New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961, Cold War International History Project (künftig: CWIHP), Working Paper No. 5, May 1993; dies., Ulbricht, Khrushchev, and the Berlin Wall, 1958–1961. New Archival Evidence from Moscow and Berlin, in: Gustav Schmidt (Hrsg.), Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Détente, 1945–1989, Bd. 2, Bochum 1993, S. 333–348; dies., Die Berlin-Krise und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR, in: Gerhard Wettig (Hrsg.), Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 105–122; Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov, Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev, Cambridge/Mass. 1996, S. 194–201, 248–253.

[5] O. Trojanovskij, Čerez gody i rasstojanija, Moskau 1997, S. 209.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen Schwierigkeiten noch stärker an die Sowjetunion gebunden war. Die Berlin-Krise habe „alles in allem [. . .] deutlich zu einem Abbau von Handlungsspielräumen für die SED" beigetragen[6].

Ungeachtet dieser gegensätzlichen Bewertungen ist sich die neuere Forschung einig, daß die Interessen der Sowjetunion und der DDR in dieser Krise nicht identisch waren und daß Ost-Berlin allen Grund hatte, seinen Standpunkt in Moskau zur Geltung zu bringen. Während es für die DDR zunächst vor allem um den Ausbau der Souveränität und dann um die Verhinderung eines wirtschaftlichen Desasters ging, war die Berlin-Initiative in der Verknüpfung mit dem Problem des Friedensvertrages für Moskau in erster Linie ein Zug im weltpolitischen Spiel mit den Vereinigten Staaten. Diese sollten, wie Chruschtschow es formulierte, an der „Achilles-Ferse" des Westens, in Berlin, getroffen und zu Verhandlungen gezwungen werden, z. B. über die Pläne zur atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik[7]. Zugleich aber handelte es sich auch um einen blockinternen Schachzug, der der eigenen Klientel demonstrieren sollte, daß die Sowjetunion sich in der Konfrontation mit den Vereinigten Staaten nicht von den Chinesen übertreffen ließ[8]. Aus sowjetischer Sicht war das Berlin-Ultimatum insofern von vornherein ebensosehr Mittel zum Zweck wie Selbstzweck.

Zu wirklich einseitigem Vorgehen hinsichtlich des Status von West-Berlin war die Sowjetunion offenkundig nicht bereit. Die statt dessen verfolgte Politik der Nadelstiche gegen West-Berlin und der Ankündigung weiterer Maßnahmen hatte den Effekt, die Fluchtbewegung noch zu vergrößern, weil jedermann in der DDR damit rechnen mußte, daß dieses Schlupfloch bald geschlossen werden würde. In Moskau verfolgte man die Fluchtbewegung mit großer Sorge, verschloß sich jedoch aufgrund der eigenen ehrgeizigen Wirtschaftspläne, die das Ein- und Überholen der USA zum Ziel hatten, den wiederholten Bitten der DDR um Wirtschaftshilfe und um die Entsendung von Gastarbeitern. Daher wurde der Ton der SED-Politik immer schriller; Moskauer Mahnungen zur Mäßigung nutzten kaum etwas. All dies ist durch die Studien von Harrison, Lemke und Zubok/Pleshakov überzeugend dargelegt worden.

Die zu klärende Frage blieb aber, wie es konkret zur Entscheidung über den Mauerbau kam. Ende März 1961 war ein Vorschlag Ulbrichts, die Sektorengrenze zu schließen, auf der Tagung der Staaten des Warschauer Pakts zumindest als Möglichkeit ins Auge gefaßt worden. Ulbricht hatte darauf gedrängt, weil ihm der weiterhin in Aussicht gestellte Separat-Friedensvertrag als zu ungewiß erschien. Diese Überzeugung verdichtete sich, und „spätestens Mitte Juni 1961 stand für Ulbricht fest, daß es für ihn zur Abschottung der Grenze in Berlin keine realistische Alternative" gab, obwohl er gleichzeitig vor der internationalen Presse am 15. Juni die denkwür-

[6] Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 277f.

[7] Vgl. Trojanovskij, Čerez gody, S. 210–218.

[8] Vgl. G.M. Kornienko, Cholodnaja vojna. Svidetel'stvo ee učastnika, Moskau 1994, S. 61. Zu den internationalen und internen Bedingungen der Außenpolitik Chruschtschows siehe James G. Richter, Khrushchev's Double Bind. International Pressures and Domestic Coalition Politics, Baltimore 1994.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

digen Worte äußerte: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten."[9] Während Ulbricht über Botschafter Michail Perwuchin (Pervuchin) den Zusammenbruch der DDR beschwören ließ, falls an der offenen Grenze nichts geschähe, zögerte man in Moskau immer noch. Doch dann sei Ulbricht das Einverständnis Chruschtschows zur Grenzschließung und zur Vorbereitung entsprechender Maßnahmen unter größter Geheimhaltung übermittelt worden[10].

In der zweiten Juli-Hälfte liefen die technischen Vorbereitungen in Ost-Berlin an. Das muß jedoch nicht heißen, daß der Mauerbau zu diesem Zeitpunkt zwischen Chruschtschow und Ulbricht bereits beschlossene Sache gewesen ist, wie vor allem Zubok/Pleshakov, gestützt auf die Kwizinski-Erinnerungen, meinen[11]. Vladislav Zubok glaubt das in einigen ZK-Beschlüssen, die er gemeinsam mit Soja Wodopjanowa (Vodop'janova) veröffentlicht hat, bestätigt gefunden zu haben. Diese ZK-Beschlüsse aus der Zeit vom 30. Juni bis 12. August 1961 betreffen sofortige wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für die DDR für den Fall wirtschaftlicher Sanktionen des Westens. Die Autoren meinen, daß der Beschluß zum Mauerbau in der Woche nach dem 20. Juli 1961 gefaßt worden sei[12]. Harrison läßt offen, ob die Entscheidung vor oder erst auf der Konferenz der Führer des Warschauer Pakts vom 3. bis 5. August 1961 gefallen sei, neigt aber der Meinung zu, daß auf der Konferenz ein bereits gefaßter Beschluß formell bestätigt worden sei[13]. Alexei Filitow legte sich nur auf einen terminus post quem fest: den 25. Juli, den Tag, an dem Präsident John F. Kennedy seine Rede zur Berlin-Frage gehalten und den freien Verkehr zwischen West- und Ost-Berlin nicht zum Essential erklärt hatte[14]. Ebenso könnte man aber die öffentliche Erklärung William Fulbrights vom 30. Juli als Wendepunkt ansehen, denn der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senats hatte im Hinblick auf das Flucht-Problem öffentlich seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß die DDR nicht ihre Grenzen schließe, wozu sie berechtigt sei[15]. Lemke dagegen meint, daß die Entscheidung über die Sperrung der Grenze tatsächlich erst auf der Tagung der politischen Führung des Warschauer Pakts in Moskau gefallen sei. Bis dahin habe Chruschtschow noch auf ein Einlenken des Westens gehofft[16].

Ein förmlicher Beschluß über die Schließung der Grenze ist bis heute nicht gefunden worden. Dennoch ist ziemlich sicher, daß die eigentliche Entscheidung erst im

---

[9] Jürgen Rühle/Gunter Holzweißig, 13. August 1961. Die Mauer von Berlin, Köln 1981, S. 71; Lemke, Berlinkrise, S. 162f.

[10] Vgl. Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 179f.

[11] Vgl. Zubok/Pleshakov, Cold War, S. 251f.

[12] Vgl. Z. K. Vodop'janova/V. M. Zubok, Okazat' nezamedlitel'nuju pomoš'. Postanovlenija Prezidiuma CK KPSS ob ekonomičeskich svjazach s GDR. 1961 g., in: Istoričeskij archiv 1998, Nr. 1, S. 36–62, hier S. 36f.

[13] Vgl. Harrison, Berlin Wall, S. 346; dies., Concrete „Rose", S. 48.

[14] Vgl. A. M. Filitov, Germanskij vopros: ot raskola k ob-edineniju, Moskau 1993, S. 187–189. Kennedys Ansprache in: Rühle/Holzweißig, 13. August, S. 76–78.

[15] Vgl. Harrison, Concrete „Rose", S. 47; Gaddis, We Now Know, S. 148.

[16] Vgl. Lemke, Berlinkrise, S. 164–166.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenhang mit der von Ulbricht am 24. Juni 1961 erbetenen Konferenz der Ersten Sekretäre der Kommunistischen und Arbeiterparteien der Staaten des Warschauer Pakts vom 3. bis 5. August 1961 in Moskau getroffen wurde. Bestätigt wird dies in erster Linie durch das Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED vom 7. August 1961, auf der Ulbricht über die Moskauer Tagung berichtete. Darin ist zwar von Grenzsperrung direkt nicht die Rede, aber vom „Beginn der vorgesehenen Maßnahmen zur Kontrolle", der „in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf Grund eines Beschlusses des Ministerrats" erfolgen werde[17]. Auch die Chronologie der SED-Beschlüsse nach Ulbrichts Rückkehr aus Moskau bestätigt indirekt, daß die Entscheidung erst in Moskau getroffen wurde[18]. Die Darstellung der Vorgänge durch Kwizinski und den außenpolitischen Berater Chruschtschows, Oleg Trojanowski[19], stützt diese Version ebenso wie die Schilderung Hermann Axens, des damaligen Chefredakteurs des „Neuen Deutschland"[20]. Er hatte zwar nicht an der Moskauer Konferenz, aber an der anschließenden Politbürositzung in Berlin teilgenommen. Die Aussage des ehemaligen Ersten Stellvertretenden Außenministers der UdSSR, Georgi Kornienko, daß Chruschtschow Ulbricht am 5. August 1961 die Erlaubnis zur Schließung der Grenze erteilt habe, ist als Beleg dagegen wenig wert, da sie vermutlich nicht auf eigener Kenntnis beruht, sondern – ohne Kenntlichmachung – der Literatur entnommen ist und letztlich auf die fragwürdigen Aussagen Jan Šejnas zurückgeht, die bislang die einzige Quelle für alle Schilderungen der Konferenz gebildet haben[21].

General Jan Šejna, der stellvertretende Verteidigungsminister der ČSSR, hatte sich im Februar 1968 unter unrühmlichen Umständen in die Vereinigten Staaten abgesetzt und sich dort mehrfach zur Moskauer Beratung vom August 1961 geäußert. Danach hatte Chruschtschow am 5. August Ulbrichts Forderung nach Abriegelung der Grenze in Berlin entsprochen, ihn aber mit den Worten: „Keinen Millimeter weiter" streng davor gewarnt, irgend etwas zu unternehmen, was West-Berlin selbst oder die westlichen Zugangsrechte nach Berlin berühren würde. Mit dem Hinweis auf die Reden Kennedys und Fulbrights vom 25. bzw. 30. Juli habe Chruschtschow seine Überzeugung begründet, daß der Westen gegen die Schließung der Grenze nichts unternehmen werde[22]. Šejna, der selbst an der Konferenz zumindest nicht als offizielles

[17] Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (künftig: SAPMO-BA), DY/30/J IV 2/2/781. Das Protokoll wurde uns freundlicherweise von Wilfriede Otto zur Verfügung gestellt.

[18] Zu den Maßnahmen der SED seit Ulbrichts Bericht vor dem Politbüro vgl. Wilfriede Otto, 13. August 1961 – eine Zäsur in der europäischen Nachkriegsgeschichte, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 39 (1997), Nr. 1, S. 64f.

[19] Vgl. Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 181f.; Trojanovskij, Čerez gody, S. 236.

[20] Vgl. Axen, Diener, S. 224.

[21] Vgl. Kornienko, Cholodnaja vojna, S. 70. Die Darstellung Kornienkos beruht vermutlich auf Michael R. Beschloss, The Crisis Years: Kennedy and Khrushchev, 1960–1963, New York 1991, S. 266–268.

[22] Siehe außer Beschloss auch Honoré M. Catudal, Kennedy and the Berlin Wall Crisis, Berlin 1980, S. 224–228; Peter Wyden, Wall: The Inside Story of Divided Berlin, New York 1989, S. 85–90

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Delegationsmitglied teilgenommen hatte, schilderte noch andere Einzelheiten: Ulbricht sei während der Konferenz zur Beratung mit der SED-Führung nach Berlin zurückgekehrt und am 4. August nicht in Moskau gewesen – dem Tag, als Ulbricht dort laut Konferenzprotokoll vormittags seine Rede hielt und nachmittags bzw. abends den Konferenz-Vorsitz führte. Das macht Šejnas Äußerungen und alle darauf beruhenden Darstellungen trotz einiger plausibler Elemente insgesamt eher fragwürdig. Allerdings ist das Protokoll der Konferenz in dem, was es erfaßt, nicht vollständig, so daß weiterhin Raum für Fragen und auch Spekulationen bleibt[23].

Dieses jetzt offiziell zur Verfügung stehende und hier präsentierte Protokoll war schon Anfang des Jahres 1993 in noch „rohem" Zustand, als formlose Blättersammlung und ohne archivalische Inventarisierung, von einigen Historikern im Zentrum für zeitgenössische Dokumentation, dem ehemaligen ZK-Archiv am Alten Platz, eingesehen worden – ohne die Möglichkeit, Kopien oder wenigstens ausführliche Notizen machen zu können. Die Archivbehörden versicherten zwar, daß das gesamte Dossier nach der normalen Bearbeitungsprozedur in relativ kurzer Zeit freigegeben werden würde. Doch das dauerte, wie sich jetzt herausgestellt hat, immerhin fünf Jahre. In den SED-Archiven befand sich offenbar kein Protokoll der Konferenz. Harrison hat dort nur eine – vermutlich nichtoffizielle – Mitschrift von Chruschtschows kurzer Eröffnungsrede und ein Exemplar von Ulbrichts Rede in russischer Übersetzung gefunden[24].

Bruchstücke des Protokolls sind bereits veröffentlicht. Vladislav Zubok bot einige Exzerpte aus dem Protokoll von Chruschtschows Rede vom 4. August in englischer Übersetzung und stützte darauf seine Beurteilung der Vorgänge in einem „Working Paper" des Cold War International History Project und vor allem in dem von ihm gemeinsam mit Konstantin Pleshakov verfaßten Buch über die sowjetische Politik im Kalten Krieg[25]. Alexei Filitow benutzte das Protokoll für seine Monographie über die deutsche Frage nach dem Zweiten Weltkrieg[26]. Hope Harrison, die Ulbricht als den Hauptakteur in der Berlin-Krise und diese selbst im wesentlichen als sowjetisch-ostdeutsche Angelegenheit betrachtet, hat folgerichtig nur einen großen Aus-

(deutsch gekürzt u. d. Titel: Die Mauer war unser Schicksal, Berlin 1995, S. 39–42); ferner die Šejna-Äußerungen in: Der Spiegel, 16. 8. 1976, S. 16.

[23] Vgl. auch Otto, 13. August 1961, S. 50.

[24] Das Zentrum für zeitgenössische Dokumentation wurde am 15. 5. 1999 in Russisches Staatsarchiv für Neueste Geschichte umbenannt. Im folgenden wird zur Bezeichnung des Archivs die bislang gebräuchliche Abkürzung CChSD verwendet. Die Darstellung bei Harrison, Concrete „Rose", S. 48, läßt erkennen, daß es sich nicht um ein offizielles Protokoll handeln kann. In diesem gibt es keine Extra-Überschrift für Chruschtschows Äußerungen, und die Paginierung ist anders. Außerdem sprach Ulbricht zwar im Anschluß an Chruschtschow, wie Harrison schreibt, aber dabei ging es ausschließlich um das Albanienproblem, nicht um Berlin und den Friedensvertrag. Bei der von Harrison verwendeten Übersetzung von Ulbrichts Referat handelt es sich vermutlich um diejenige, die in Berlin angefertigt, nach Moskau geschickt und dort für die Übersetzung während der Konferenz sprachlich redigiert wurde.

[25] Siehe Anm. 4.

[26] Vgl. Filitov, Germanskij vopros, S. 186–189.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zug aus der Rede Ulbrichts sowie einige kleine Bruchstücke aus Chruschtschows Äußerungen auf der Konferenz veröffentlicht[27]. Schließlich hat Wilfriede Otto die Rede Ulbrichts vom 4. August nach den Unterlagen der SED-Archive in der deutschen Originalversion veröffentlicht und ihr als wesentliche Ergänzung ein Interview mit dem Dolmetscher der SED-Delegation Werner Eberlein hinzugefügt[28]. Der von ihr verwendete Text entspricht zwar nicht ganz der endgültigen Protokollversion, aber das betrifft nur einige wenige Nuancen. Die Rede Ulbrichts wird deshalb nachstehend nur in einer Zusammenfassung wiedergegeben. Man muß sich aber bewußt sein, daß sie die wichtigste neben der Chruschtschows war und die Grundlage der inhaltlichen Aussprache auf der Konferenz bildete. Sie könnte als Versuch bezeichnet werden, einerseits die Sowjetunion nach all den Ankündigungen über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Umwandlung West-Berlins in eine „Freie Stadt" nun beim Wort zu nehmen, um zumindest die immer gravierender werdende Fluchtbewegung zu stoppen, und zum anderen die Verbündeten, insbesondere Polen und die Tschechoslowakei, durch Schüren der Ängste vor dem westdeutschen Revanchismus zur Zustimmung zu einem Alleingang Ost-Berlins und zur Verstärkung der Wirtschaftshilfe für die DDR zu bewegen. Am wichtigsten für die Einordnung und Beurteilung der Entscheidung über den Mauerbau war zweifellos die Rede von Chruschtschow selbst. Sie war deshalb nachstehend in vollem Wortlaut und unter Berücksichtigung von Abweichungen zwischen ursprünglicher und redigierter Version des Protokolls wiedergegeben.

II.

Vorauszuschicken ist, daß das Moskauer Dossier zum Gipfeltreffen vom 3.–5. August 1961 sich als nicht so aussagefähig erweist wie erhofft. Die Materialien sind in sechs Ordnern mit einem Gesamtumfang von ca. 800 Maschinenschriftseiten gesammelt. Sie bieten vor allem den Gang der Besprechungen in den Plenarsitzungen der Konferenz und daneben auch einige wenige Informationen zu ihrer Vorbereitung und zur technisch-editorischen Bearbeitung der Redebeiträge. Im wesentlichen handelt es sich um drei Varianten der Sitzungsprotokolle. Die erste ist eine unkorrigierte stenographische Mitschrift der mündlichen Beiträge der Teilnehmer; sie ist mit den Namen der Stenographen versehen[29]. Die zweite, das „Autorenexemplar", enthält die Kopie des unkorrigierten Stenogramms mit handschriftlichen Formulierungsänderungen, Auslassungen und Ergänzungen[30]. Im Falle der zentralen

[27] Vgl. Harrison, Berlin Wall, S. 346f.; dies., Concrete „Rose", Appendix H (16 S., unpaginiert, Übersetzung aus dem Russischen).

[28] Vgl. Otto, 13. August 1961, S. 55–92. Ulbricht hielt seine Rede im übrigen am 4. August, nicht, wie geplant und im deutschen Manuskript festgehalten, am 3. August.

[29] Vgl. CChSD, Zwei Aktenordner, 10/3/7 und 10/3/8.

[30] Vgl. CChSD, Zwei Aktenordner, 10/3/9 und 10/3/10.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Referate wurden die Korrekturen von den Sprechern selbst vorgenommen, was nicht ausschließt, daß auch andere Bearbeiter in den Korrekturvorgang eingeschaltet waren. Soweit es sich um die Hauptbeiträge der ausländischen Teilnehmer handelte, wurden die Korrekturen von diesen mit ihren Unterschriften autorisiert. Nur der bulgarische Parteichef Todor Schiwkow (Živkov) hat auch einen Datumsvermerk – 5. August – angebracht. Es ist aber anzunehmen, daß die übrigen ausländischen Teilnehmer ihre Korrekturen am Protokoll ebenfalls noch bis zum Ende der Konferenz vorgenommen haben. Ihre protokollierten sonstigen Beiträge haben die ausländischen Teilnehmer nicht korrigiert und durch Unterschrift autorisiert. Allein Chruschtschow hat sich überhaupt nicht selbst an den Korrekturen beteiligt, sondern dies einem oder mehreren Mitarbeitern überlassen – vermutlich Lebedew (Lebedev) oder Schuiski (Šujskij). Der oder die Mitarbeiter waren offenkundig autorisiert, die endgültige Fassung selbständig herzustellen. Die Korrekturen aller übrigen Rede- bzw. Diskussionsbeiträge wurden nicht von den Sprechern selbst, sondern ebenfalls von dem oder den betreffenden Mitarbeitern Chruschtschows vorgenommen.

Das „Autorenexemplar" enthält auch einige andere, die Konferenz betreffende Dokumente:

1. den Beschluß des Moskauer ZK-Präsidiums vom 27. Juli 1961 über die Durchführung der Konferenz mit der sowjetischen Delegation in der Zusammensetzung Chruschtschow, Koslow (Kozlov), Mikojan, Gromyko und der Benennung der elf vorgesehenen Parteidelegationen aus allen sozialistischen Ländern: Albanien, Bulgarien, China, DDR, Korea, Mongolei, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam;
2. die Liste der Konferenzteilnehmer von zehn ausländischen Delegationen[31], die der Leiter der ZK-Abteilung für Beziehung zu kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder Juri Andropow (Andropov) am 1. August den Mitgliedern des Präsidiums des ZK der KPdSU zugesandt hatte[32];
3. die Originale der vorbereiteten Konferenzbeiträge Ulbrichts[33], des chinesischen „Beobachters" Liu Hsi-yao und des vietnamesischen Vertreters Vo Nguyen Giap[34].

---

[31] Die albanische Delegation wurde nicht mehr aufgeführt. Die SED stellte mit 10 Mitgliedern die größte Delegation: W. Ulbricht, R. Dölling, E. Apel, O. Winzer, K. Maron, E. Kramer, H. Hoffmann, H. Keßler, H. Meiser, G. Nitsche (bei Otto, 13. August 1961, Teil 1, S. 40f., fehlt Nitsche, Mielke gehörte nicht zur Delegation); Bulgarien: T. Živkov, I. Michajlov; Ungarn: J. Kádár, A. Apro, D. Nemes, G. Pevec; Vietnam: Vo Nguyen Giap; China: Liu Hsi-yao; Nordkorea: Li Che-sun; Mongolei: Z. Dugersuren; Polen: W. Gomułka, J. Cyrankiewicz, S. Jendrychowski, B. Jaszczuk; Rumänien: G. Gheorghiu-Dej, J. G. Maurer, N. Ceausescu, L. Rantu; A. Birladeanu, C. Menescu, N. Guine; ČSSR: A. Novotny, J. Hendrych, O. Šimunek, V. David.

[32] Im Protokoll selbst sind die Anwesenden nicht aufgeführt. Es werden nur die jeweiligen Sprecher namentlich genannt.

[33] Einschließlich der in Berlin angefertigten und in Moskau von sowjetischer Seite sprachlich redigierten russischen Übersetzung.

[34] Ein kurzer handschriftlicher Gruß, der, wie es hieß, vom Krankenbett aus geschrieben worden sei.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die dritte Variante stellt schließlich die neugeschriebene, endgültige Fassung des Protokolls dar, in die alle Korrekturen aufgenommen worden sind[35]. Interessanterweise sind bei der Endabschrift noch einige kleinere Veränderungen gegenüber den autorisierten Fassungen vorgenommen worden, ohne daß ersichtlich wäre, auf wessen Veranlassung dies geschehen ist. Da es sich nur um sprachliche Korrekturen handelt, fallen sie von der Sache her nicht ins Gewicht.

Ein weiterer Aktenordner enthält nur noch den dreiseitigen Text der veröffentlichten Schlußerklärung der Delegationsleiter mit ihren persönlichen Unterschriften[36]. Laut Konferenzbeschluß wurden jedoch weder die Unterzeichner noch die von ihnen vertretenen Delegationen in der veröffentlichten Version genannt: das Fehlen Albaniens sollte nicht publik werden. Weitere Dokumente, die Auskunft über sonstige Gespräche auf der Konferenz geben könnten, etwa über die Vorbereitung der Schlußresolution und die Behandlung von Fragen, die nicht in den Plenarsitzungen erörtert wurden – insbesondere die Erörterung der Grenzsperrung und der Beschluß selbst –, sind leider nicht im Protokoll enthalten. Es ist anzunehmen, daß diese Fragen nach den Nachmittagssitzungen des 3. und 4. und vor allem am sitzungsfreien Vormittag des 5. August vor der formellen Verabschiedung der Schlußresolution verhandelt worden sind. Oleg Trojanowski gibt Geheimhaltungsgründe für das Fehlen jeglicher direkten Erwähnung der Grenzsperrung im Protokoll an[37].

Die dritte, endgültige Variante des Protokolls ist als Grundlage der vorliegenden Dokumentation ausgewählt worden, während die anderen beiden nur dann hinzugezogen werden, wenn es darum geht, ein vollständigeres, originalgetreueres Bild der Konferenz präsentieren zu können. Am interessantesten sind hierbei die Veränderungen im Text der Rede des sowjetischen Parteichefs. Die Bearbeitung unterscheidet sich von der der anderen Texte in zweierlei Hinsicht: Erstens wurde sie, wie erwähnt, nicht vom Redner selbst, sondern von einem oder mehreren Mitarbeitern vorgenommen, und zweitens übertraf sie die der anderen Teilnehmerbeiträge bei weitem. Allerdings erklärt sich der Umfang der redaktionellen Veränderungen vor allem dadurch, daß Chruschtschow auf der Konferenz einen zumindest streckenweise improvisierten Vortrag hielt, der ohne die Überarbeitung unverständlich gewesen wäre. Auch so ist es bisweilen schwer, der Logik von Chruschtschows Äußerungen zu folgen.

Chruschtschows Hang zur Improvisation und zu undiplomatischen Äußerungen wie auch seine Verachtung für die Kultur der Sprache waren bekannt, und er selbst schien sich dessen bewußt zu sein. Das erklärt, warum der „Apparat" so viel an seiner Rede zu „reinigen" hatte und dieses Prozedere durch Chruschtschow offenbar von vorherein sanktioniert war, ohne daß er sich dann selbst um das „Endprodukt" kümmerte. Eigenmächtig haben die Mitarbeiter des „Apparats" sicher nicht gehandelt. In jedem Fall schien die Aufnahme der ursprünglichen, in der Erstfassung enthaltenen Äußerungen Chruschtschows in die Publikation schon deshalb wichtig, da-

[35] Vgl. CChSD, 10/3/12, 151 Blatt.
[36] Vgl. CChSD, 10/3/11.
[37] Vgl. Trojanovskij, Čerez gody, S. 236.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit der Leser einen Eindruck von seinem – höchst ungewöhnlichen – Redestil und vom Charakter der Veränderungen im Protokoll erhält. Die neugefaßten Passagen sind durch Kursivschrift kenntlich gemacht, die ursprüngliche Version wird in den Fußnoten angeführt. Dasselbe Verfahren wird auch hinsichtlich der Texte der anderen Gipfelteilnehmer angewandt. Einige von ihnen haben bei der Textkorrektur Zusätze vorgenommen; diese Zusätze werden in doppelte eckige Klammern gesetzt. Soweit Diskrepanzen zwischen Ulbrichts Redeentwurf, wie er von Wilfriede Otto veröffentlicht wurde, und der stenographischen Niederschrift und der Endfassung auch in seinem Fall ermittelt werden konnten, werden sie im folgenden kommentiert. Zusätze bzw. Paraphrasierungen der Autoren werden in einfache eckige Klammern gesetzt.

III.

Am überraschendsten ist bereits beim ersten Blick in das Moskauer Dossier die Tatsache, daß die Konferenz, die offiziell „Fragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland" gewidmet war, sich an zwei der drei Tage währenden Konferenz ausschließlich mit dem Problem Albanien beschäftigt hat[38]. Das legt den Schluß nahe, daß ein großes, wenn nicht sogar das größte Interesse auf sowjetischer Seite der Konstellation im sozialistischen Lager galt. In Moskau hatte man mit der Zustimmung zu Ulbrichts Konferenzvorschlag die von diesem nicht vorgesehene Einladung auch des Ersten Sekretärs der Albanischen Partei der Arbeit Enver Hoxha verlangt – und zwar bereits in der Erwartung, daß dieser selbst wohl nicht kommen könne[39]. Man darf unterstellen, daß es der sowjetischen Führung darauf ankam, die Entscheidung über Berlin auch als Hebel dafür zu benutzen, entweder die verlorengegangene Geschlossenheit des sozialistischen Lagers wiederherzustellen oder aber Geschlossenheit gegen den „Abweichler" Albanien zu mobilisieren und auf diese Weise auch die Kommunistische Partei Chinas in die Schranken zu verweisen.

Das Ganze war offenkundig ein abgekartetes Spiel, das bereits mit der Festlegung der Reihenfolge im Konferenzvorsitz nach dem umgekehrten Alphabet begann, damit nicht der Vertreter Albaniens den Anfang machte[40]. Dann eröffnete Ulbricht die Rednerliste am Nachmittag des 3. August mit einer vorbereiteten Kritik am ZK der Partei der Arbeit Albaniens. Er warf den Albanern Mißachtung der Konferenz durch die Entsendung eines Vertreters vor, der nicht „kompetent" genug sei, um an den Be-

[38] Insoweit sind die Hinweise auf die Tagesordnung und die Reihenfolge der Redner, wie sie in Eberleins Erinnerungen und Ottos Einleitung angegeben werden, revisionsbedürftig. Vgl. Otto, 13. August 1961, Teil 1, S. 41, 55, 85f.

[39] Der Konferenzvorschlag Ulbrichts war im übrigen mit Moskau abgestimmt, vermutlich sogar aus Moskau souffliert worden. Vgl. Harrison, Concrete „Rose", Appendix E; vodop'janova/Zubok, Okazat' nezamedlitel'nuju pomošč', S. 38.

[40] Vgl. CChSD, 10/3/9/Blatt 4.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ratungen teilnehmen zu können. Diese als Entwurf eines Briefes der Konferenzteilnehmer an das ZK der Partei der Arbeit Albaniens formulierte Kritik wurde von allen osteuropäischen Teilnehmern unterstützt und formell verabschiedet. Der albanische Vertreter Ramiz Alia, immerhin ZK-Sekretär in Tirana, wurde nicht als legitimer Vertreter Albaniens anerkannt. Er wurde in geradezu ungehöriger Weise am Sprechen gehindert und de facto von der Konferenz ausgeschlossen. Er reiste daraufhin ab. Lediglich der chinesische Vertreter wies die Kritik an den Albanern zurück[41]. Das gleiche Ritual wiederholte sich, wenngleich wohl ungeplant, auf der Abschlußsitzung der Konferenz am 5. August. Da der chinesische Vertreter als erster Diskussionsredner den Ausschluß der albanischen „Delegation" kritisiert hatte, entwickelte sich die dann folgende Diskussion erneut zu einer Art Abrechnung mit der Partei der Arbeit Albaniens und auch der Kommunistischen Partei Chinas durch Chruschtschow, die Vertreter der übrigen europäischen Parteien und den mongolischen Delegierten. Die Verabschiedung der Abschlußresolution war dagegen eine reine Formalität[42].

Der Erfolg dieser Inszenierung war jedoch zweifelhaft. Die verbale Unterstützung der europäischen Verbündeten für die sowjetische Position im blockinternen Konflikt, und zwar auch von seiten Rumäniens, das noch ein Jahr zuvor seine Unabhängigkeit demonstriert hatte, wurde zwar erreicht. Doch die Vertreter der dem Warschauer Pakt nicht angehörenden, aber an der Konferenz teilnehmenden asiatischen Länder schlossen sich mit Ausnahme der linientreuen Mongolei der Verurteilungskampagne gegen Albanien demonstrativ nicht an. Dies und die Tatsache, daß auch aus den asiatischen Ländern mit Ausnahme des vietnamesischen Vertreters Vo Nguyen Giap[43] relativ unbedeutende Delegierte angereist waren, kann vielleicht ein bislang völlig unbeachtetes Detail erklären: anfänglich benutzte man für die Konferenz die Bezeichnung „Beratung der Ersten Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder". Das entsprach dem Beschluß des Präsidiums des ZK der KPdSU vom 27. Juli, und so steht es im unkorrigierten Protokoll, doch im „Autorenexemplar" wurde „der sozialistischen Länder" durch „der Teilnehmerländer des Warschauer Paktes" ersetzt[44]. Bei dieser Bezeichnung blieb es auch in der Abschlußerklärung. Diese Änderung ist bislang ebensowenig in ihrer Bedeutung bemerkt worden wie die damit zusammenhängende Tatsache, daß auch asiatische Delegierte an der Konferenz teilnahmen.

---

[41] Vgl. CChSD, 10/3/12/Blatt 1–10.

[42] Vgl. CChSD, 10/3/12/Blatt 119–151.

[43] Vo Nguyen Giap war Politbüromitglied der Partei der Arbeit Vietnams und Verteidigungsminister, nahm aber aus Gesundheitsgründen an keiner Sitzung der Konferenz teil. China war nur durch den Botschafter in Moskau Liu Hsi-yao vertreten, Nordkorea durch den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Li Che-sun, die Mongolei immerhin durch Politbüromitglied und ZK-Sekretär Dugersuren.

[44] Der Beschluß des ZK-Präsidiums vom 27. 7. 1961 lautete: „Über die Beratung der Ersten Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder zum Zwecke des Meinungsaustauschs zu Fragen, die mit der Vorbereitung und dem Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland in Verbindung stehen", in: CChSD, 10/3/9/Blatt 1 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch die Diskussion über das eigentliche Thema der Konferenz wurde durch die sowjetisch-chinesische Rivalität überschattet. Die Beschwörung der akuten Gefahr, die angeblich von den „Imperialisten" ausging, hat die Geschlossenheit der eigenen Reihen nicht gestärkt, sondern eher geschwächt. Zwar fand die Forderung nach einer baldigen Friedensvertragsregelung allseitige verbale Unterstützung, über ihren praktischen Wert dürfte sich die sowjetische Führung aber kaum Illusionen gemacht haben. Die asiatischen Vertreter haben ausdrücklich die Unterstützung für die „praktische Maßnahmen", die von Ulbricht aufgeführt wurden, bekundet, während sie sich über die von Chruschtschow vorgeschlagenen Alternativen ausschwiegen. In dem äußerst kargen „Gruß" des erkrankten vietnamesischen Vertreters wurden die UdSSR oder ihr Parteichef nicht einmal erwähnt. Das brachte ziemlich deutlich den Unwillen zum Ausdruck, im Falle einer Kriseneskalation konkrete Verpflichtungen zu übernehmen. Im übrigen haben auch die osteuropäischen Verbündeten, die die sowjetische Politik und Chruschtschow selbst in dem bekannten Stil überschwenglich lobten, in der Sache die gleiche Zurückhaltung an den Tag gelegt.

Sehr plastisch hat der polnische Parteichef Gomułka seinen „Internationalismus" ausgedrückt: Die DDR möge die Grenze in Berlin so bald wie möglich sperren, aber ohne die Bruderländer in die Sache hineinzuziehen und sie so den Repressalien des Westens auszusetzen. Die Parteichefs aus Ungarn und der Tschechoslowakei, Kádár und Novotny, haben ihrerseits geschickt die Kriegsgefahr an die Wand gemalt und weitgehende Maßnahmen im militärischen Bereich befürwortet – wohl wissend, daß Chruschtschow jede derartige Eskalation unbedingt zu vermeiden trachtete[45]. Umgekehrt haben alle Redner die von Chruschtschow deutlich befürwortete Option der verstärkten wirtschaftlichen Hilfeleistung für die DDR im Grunde genommen abgelehnt – mit der höchst plausiblen Begründung, daß ein totales Wirtschaftsembargo des Westens auch verheerende Folgen für die eigenen Länder hätte. Deswegen solle die Sowjetunion die Hauptlast für die Rettung der ostdeutschen Wirtschaft übernehmen. Auf diese Weise gaben sie den schwarzen Peter ganz einfach an die Sowjetunion zurück.

Die Frage ist, warum Chruschtschow sich einer so leicht zu konternden, widersprüchlichen Argumentation bediente. Die Erklärung liegt vermutlich in dem „chinesischen Schatten", der nicht nur über der Konferenz, sondern über der gesamten sowjetischen Politik lag. Chruschtschow wollte und durfte dem Vorwurf des „Kapitulantentums vor den Imperialisten" – dem Kern der maoistischen Anklagen – keine Nahrung geben. So hat er die Invektiven gegenüber den USA, die großsprecherischen Aussagen über die militärische Stärke der Sowjetunion und die Beteuerungen, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR jetzt um jeden Preis verwirklichen zu

[45] Die feste Überzeugung, daß es nicht zu einem militärischen Konflikt kommen werde, hatte Chruschtschow gegenüber der Prager Führung schon auf der Durchreise nach Wien zum Treffen mit Kennedy am 1. 6. 1961 geäußert: „Lenin tože riskoval". Nakanune vstreči Chruščeva i Kennedi v Vene v ijune 1961, in: Istočnik 1998, Nr. 3, S. 87–89. Den absoluten Willen der Sowjetführung, trotz aller verbalen Militanz einen militärischen Konflikt zu vermeiden, bestätigt in seinen Memoiren auch Anatoly Dobrynin, In Confidence. Moscow's Ambassador to America's Six Cold War Presidents (1962–1986), New York 1995, S. 45f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wollen, mit fast absurder Übertreibung vorgebracht. Besonders in der ersten, unkorrigierten Variante des stenographischen Berichtes tritt der Charakter seiner Rede als ein Verteidigungs- und Rechtfertigungsversuch klar zutage: Der sowjetische Parteichef fühlte sich genötigt, derart triviale, aber für die Chinesen offensichtlich ketzerischen Dinge wie eine Umarmung mit dem US-Emissär John McCloy im Schwimmbad, die Entsendung des sowjetischen Außenministers zur Beisetzung von John Foster Dulles oder das Verschenken eines Hundes an die Kennedy-Familie zu erwähnen bzw. in gutem Licht darzustellen. Diese erniedrigenden Bemühungen, seine Orthodoxie zu demonstrieren, wurden offensichtlich von seinen Mitarbeitern, die die Mitschrift korrigierten, als übertrieben und unangemessen angesehen und getilgt. Dafür haben die Mitarbeiter aber eine Äußerung nicht redigiert, die einen Rückgriff auf Stalinsche Dogmen bedeutete und womöglich mit Rücksicht auf China gemacht worden war: In seinem Rechenschaftsbericht an den XXI. Parteitag hatte Chruschtschow feierlich erklärt, daß es keine „kapitalistische Einkreisung" mehr gebe, in seiner Rede vor den Parteiführern des Ostblocks sprach er jetzt aber wieder davon.

IV.

Was die eigentliche Frage, die sowjetischen Pläne in Deutschland und insbesondere in Berlin, betrifft, so gehen aus der Rede des sowjetischen Parteichefs im Grunde drei Optionen hervor: erstens der Abschluß eines einseitigen Friedensvertrages zwischen den Ostblockländern und der DDR; zweitens die Schließung der Grenzen zu West-Berlin ohne Friedensvertrag; drittens die Beibehaltung des bisherigen Zustandes bei Verstärkung der Wirtschaftshilfe für die DDR. Die genaue Analyse der Rede Chruschtschows legt den Schluß nahe, daß die erste Option ungeachtet der verbalen Beteuerungen für die Sowjetunion zumindest zum damaligen Zeitpunkt nicht aktuell war. Die unverzügliche Schließung der Grenze in Berlin konnte das akuteste Problem – den destabilisierenden Flüchtlingsstrom aus der DDR – rasch und radikal lösen; der Friedensvertrag und seine Propagierung konnten das Problem dagegen nur weiter verschärfen und sogar die Gefahr der militärischen Konfrontation mit den Westmächten heraufbeschwören. Denn in der Logik der Option für den Friedensvertrag lag es, die Westmächte im Anschluß aus West-Berlin zu vertreiben oder sie zumindest zu zwingen, die Bedingungen für ihren Zugang nach West-Berlin mit der DDR neu auszuhandeln. Diese Option schien auch deshalb nicht besonders attraktiv zu sein, weil damit der fast vollständige Verlust des Mitspracherechts in den deutschen Angelegenheiten verbunden war, was den sowjetischen Großmachtinteressen kaum entsprach. Bis zur Rede Kennedys am 25. Juli 1961 über die „drei Essentials" konnte sich die Kreml-Führung nicht im klaren sein, wie der Westen reagieren würde. Danach entfielen jedoch alle Zweifel: Die separate Friedensvertragsregelung würde zweifellos zur Konfrontation führen, die Sperrung der Grenzen nach West-Berlin jedoch nicht. Von einer Vier-Mächte-Konferenz erwartete man dagegen lediglich ein „Einfrieren" des Status quo und wollte sie deshalb nicht, wie der unkorrigierte Text der Rede Chruschtschows deutlich macht.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Rede des sowjetischen Parteiführers läßt sich aber auch eine gewisse Präferenz für die dritte Option der Deutschland- und Berlin-Politik entnehmen. Dies bezieht sich auf die Bemerkungen, wonach der Lebensstandard in der DDR auf höherem Niveau gehalten werden sollte als in den anderen sozialistischen Ländern, und zwar mit der rätselhaften Begründung, daß „Berlin eine offene Stadt sein wird". Hier wird eine ganz andere Perspektive sichtbar als die, die mit den Sperrmaßnahmen beschlossen und am 13. August realisiert worden ist. Es ist kaum anzunehmen, daß Chruschtschow „Freie Stadt Westberlin" im Sinne der ersten Option, nämlich Separatfriedensvertrag und Vertreibung der Westalliierten aus West-Berlin, meinte. Eher stand hinter den Worten über die „offene Stadt" der Gedanke an die Aufrechterhaltung des Status quo in ganz Berlin, einschließlich des freien Verkehrs zwischen den östlichen und westlichen Teilen. Diese Interpretation wird durch die Formulierung des folgenden Satzes bestätigt, wo Chruschtschow von der Alternative einer möglicherweise in Zukunft „geschlossenen DDR" spricht[46].

Der Kontext läßt vermuten, daß Chruschtschow die „offene" oder zumindest nicht ganz abgeriegelte DDR, d. h. die dritte Option, für die wünschenswerteste Lösung hielt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie die risikoloseste war. Sie entsprach schließlich auch der im dritten Parteiprogramm vom Oktober 1961 fixierten Überzeugung, mit den westlichen Ländern wirtschaftlich mithalten und selbst die USA in absehbarer Zeit überholen zu können. Darüber hinaus mochte auch der Wunsch eine Rolle gespielt haben, die erschütterte Hegemoniestellung der Sowjetunion im Ostblock zu festigen. Denn selbstverständlich hätte eine gemeinsame Rettungsaktion für die Wirtschaft der DDR die führende Rolle der Sowjetunion gegenüber den anderen sozialistischen Ländern unterstrichen und die zentrifugalen Tendenzen im Block gemindert. Die Reaktion der osteuropäischen Parteiführer auf Ulbrichts Wunsch nach mehr Wirtschaftshilfe, den der sowjetische Parteichef geradezu eindringlich unterstützte, war jedoch so negativ, daß dieser sichtlich enttäuscht und gereizt war.

Als Indiz dafür mag der offensichtlich improvisierte und sehr emotionale Exkurs über die Entsendung junger, qualifizierter sowjetischer Arbeitskräfte in die DDR dienen, eine Maßnahme, die Chruschtschow bis dahin abgelehnt hatte. Jetzt sagte er großzügig 100 000 Arbeiter zu. Diese sollten dann junge deutsche Frauen und Männer heiraten und so praktischen Internationalismus üben. Die damit verknüpfte Verurteilung von Mißständen der Stalin-Zeit sollte offenbar die Verbündeten beruhigen. Doch die nationalen Ressentiments und das Mißtrauen gegenüber dem „großen Bruder" konnten nicht durch derartige Manöver behoben werden. Die Mitarbeiter im Apparat verstanden dies vielleicht besser, als der durch seine eigene Demagogie

[46] In Zuboks Veröffentlichung aus der Rede Chruschtschows wurde der Satz über die „offene Stadt" ausgelassen, und der folgende Satz ist falsch übersetzt: „Even if the GDR *remains* closed, one cannot rely on that and [let living standards decline]". V. Zubok, Khrushchev's Secret Speech on the Berlin Crisis, August 1961, in: CWIHP Bulletin 3, 1993, S. 61, Hervorhebung der Verf. Vgl. unten, S. 37.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

manchmal hingerissene Chruschtschow. Es erscheint nicht zufällig, daß der entsprechende Abschnitt seiner Rede besonders stark „gesäubert" wurde. Die Prognose über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Jugendlichen aus der UdSSR und der DDR und ihrer politischen Rolle wurde ganz gestrichen.

Chruschtschow schien im übrigen mit der DDR-Position in einigen Punkten nicht ganz zufrieden zu sein. Und dies mit gewissem Recht: Zum Beispiel hat Ulbricht in seiner mündlichen Rede, abweichend vom eingereichten Manuskript, nicht um „etwa 50 000", sondern um „etwa 50 000 (für den Anfang)" abzukommandierender Arbeitskräfte gebeten. Diese Änderung war nicht unbedeutend, denn die DDR gab damit zu verstehen, daß sie diese Hilfe nicht als einmalige Aktion, sondern als im Prinzip unbegrenzt betrachtete. Das konnte die Attraktivität der „dritten Option" in den Augen der Verbündeten keineswegs erhöhen. Es ist nicht von ungefähr, daß Chruschtschow es für angebracht hielt, die Zahl genauer zu definieren und zu unterstreichen, daß es sich nur um die Entsendung hochspezialisierter „Kader", nicht um die Deckung des gesamten Arbeitkräftedefizits der DDR handeln konnte. Denn das von Ulbricht genannte Defizit sollte im Jahr 1962 bereits 175 000 betragen[47].

Das war jedoch nicht die einzige Änderung gegenüber dem eingereichten Text in Ulbrichts mündlichem Vortrag. Laut unkorrigiertem Stenogramm sagte er nämlich: Es ist „notwendig, daß zu gegebener Zeit die Staatsgrenze, die mitten durch Berlin geht, *gesperrt wird und* [Hervorhebung d. Verf.] von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur mit besonderen Ausreisebescheinigungen passiert werden darf oder, soweit es einen Besuch von Bürgern der Hauptstadt der DDR in Westberlin betrifft, mit besonderer Bescheinigung erlaubt wird"[48]. Damit war die von Chruschtschow noch angedeutete Möglichkeit einer Alternative ohne Schließung der Stadt selbstverständlich ausgeschlossen. Die betreffenden Worte fehlen jedoch nicht nur in Ulbrichts Textentwurf, sondern auch in der Endfassung des Protokolls. Diese Änderung ist kaum bedeutungslos[49]. Über die Sperrung der „mitten durch Berlin" verlaufenden Grenze als alternativlose Notwendigkeit hat Ulbricht am 4. August 1961 erstmals und als erster gesprochen. Ob die spätere Streichung dieser Äußerung

[47] Otto, 13. August 1961, Teil 2, S. 78.

[48] Ursprünglicher Text in: Ebenda, S. 70f.

[49] In einem Schreiben des sowjetischen Botschafters in der DDR, Pervuchin, an Außenminister Gromyko vom 4. 7. 1961 werden drei Varianten von Maßnahmen „gegen das Weggehen der DDR-Bevölkerung" erwogen: die Beschränkungen des Zugangs für die DDR-Bürger nach West- *und* Ost-Berlin, die verstärkte Bewachung der Grenze *um* Berlin und „die Einstellung des freien Verkehrs zwischen dem demokratischen Berlin und Westberlin". Letzteres wurde emphatisch für den „äußersten Fall" reserviert. Im Schreiben vom 26. Juli, in dem die Hauptpunkte der bevorstehenden Rede Ulbrichts skizziert werden, ist zwar schon die Rede von der „Notwendigkeit, die Sektorengrenze in Berlin zu gegebener Zeit zu schließen und dort das Regime der Staatsgrenze einzuführen", der Leser des Dokuments (wahrscheinlich Gromyko selbst) hat aber hier am Seitenrand ein großes Fragezeichen gemacht, was das Nichtzustandekommen einer endgültigen Entscheidung in der Sowjetführung noch in den letzten Juli-Tagen vermuten läßt. Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation, 082/6/34/46, Bl. 28, 75. Der Brief Pervuchins vom 4. 7. 1961 auch als Appendix F bei Harrison, Concrete „Rose".

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein Anzeichen dessen war, daß man auf sowjetischer Seite diese Auffassung noch nicht teilte, oder ob hier der Wunsch nach Geheimhaltung ausschlaggebend war, muß offen bleiben.

Laut korrigiertem Protokoll war es der polnische Parteichef Władysław Gomułka, der als einziger den Vorschlag zur unverzüglichen Sperrung der Grenze nach Westberlin machte. Seine unkorrigiert gebliebene Äußerung macht jedenfalls deutlich, daß die Konferenzteilnehmer wußten, wovon die Rede war. Ulbricht hat praktisch auch den Termin genannt, bis zu dem die Grenze geschlossen werden müßte, falls die Bruderländer nicht sofort weitere Wirtschaftshilfe leisteten und ein weiteres Anschwellen des Flüchtlingsstroms verhindert werden sollte: der 15. August 1961. Zu diesem Stichtag hatte die Bundesregierung nach seinen Worten die Einstellung der Lieferungen auf Kredit angekündigt. Der ungarische Parteichef János Kádár hat dies in seiner Rede drastisch als wahrscheinliches Datum für den Beginn eines „wirtschaftlichen Feldzuges gegen die Deutsche Demokratische Republik" bezeichnet. Ulbricht hat dieser Interpretation seines Hinweises nicht widersprochen. Da auch alle anderen Teilnehmer diese dramatisierende Auslegung stillschweigend akzeptierten, wurde damit zumindest implizit Übereinstimmung sowohl hinsichtlich des Charakters als auch des spätesten Termins der zu treffenden „Präventivmaßnahme" erreicht. Ein genaues Datum wurde nicht genannt. Die Konferenzunterlagen geben auch keine Auskunft darüber, ob ein multilateraler Beschluß in dieser Sache gefaßt wurde oder ob die übrigen Konferenzteilnehmer über einen bilateralen Beschluß der Sowjetunion und der DDR informiert und um entsprechende Zustimmung gebeten wurden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde die Entscheidung am Vormittag des 5. August, als keine formelle Konferenzsitzung stattfand, getroffen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Sowjetführung grundsätzlich drei Optionen für die Krisenbewältigung in der gespannten Situation um Berlin im Sommer 1961 im Auge gehabt hat. Die radikalste, die im Grunde eine Neuauflage der Blockade Berlins von 1948–49 bedeutet hätte, nämlich der einseitige Abschluß eines Friedensvertrages mit entsprechender Änderung des völkerrechtlichen Status' von West-Berlin, wurde wegen der festen Haltung des Westens als zu riskant angesehen und offensichtlich nicht ernsthaft verfolgt. Die milde Option der Beibehaltung des Status quo mit Hilfe einer umfangreichen wirtschaftlichen Bluttransfusion für die DDR wurde durch die nicht weniger feste Verweigerungshaltung der Partner im sozialistischen Lager gegenstandslos. Übrig blieb deshalb die mittlere Lösung der Grenzabriegelung, die vom sowjetischen Standpunkt aus nicht optimal war, aber als unvermeidlich akzeptiert wurde. Wenn man davon ausgehen kann, daß das primäre Motiv für die Auslösung der „zweiten Berlin-Krise" die nicht ganz unberechtigte Sorge über die Atomrüstungspläne der Bundesrepublik gewesen ist[50], so überrascht doch, wie wenig darüber auf der Moskauer Konferenz vom 3.–5. August 1961 gesprochen wurde. Nur Ulbricht ging etwas ausführlicher auf die Pläne des Bonner „Kriegsmini-

[50] Vgl. z.B. Andreas Wenger, Der lange Weg zur Stabilität. Kennedy, Chruschtschow und das gemeinsame Interesse der Supermächte am Status quo in Europa, in: VfZ 46 (1998), S.69–99.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sters" Franz Josef Strauß ein. Hervorstechend ist dagegen insbesondere auf der sowjetischen Seite die Tendenz, auch die Berlin- und Deutschlandfrage zu einem Instrument der inneren Blockdisziplinierung zu machen.

Dokument

BERATUNG

der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages zu Fragen, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland stehen

ERSTE SITZUNG
3. August 1961

[enthält die Begrüßung der Konferenzteilnehmer durch Chruschtschow und die durch Ulbricht eröffnete Diskussion zur Haltung der Partei der Arbeit Albaniens in der ersten Konferenzsitzung am Nachmittag des 3. August 15–19 Uhr][51]

ZWEITE SITZUNG
vormittags, 4. August 1961[52]

[Chruschtschow, der zunächst den Vorsitz führt, erläutert den Wunsch der SED-Delegation, nach dem Referat Ulbrichts und der anschließenden Diskussion im Plenum getrennt mit den einzelnen Delegationen weitere Fragen zu erörtern. Danach solle noch einmal kurz im Plenum getagt werden, um ein Presse-Kommuniqué über die Konferenz zu verabschieden[53]. Auf Vorschlag Chruschtschows übernimmt dann der bulgarische Parteichef Schiwkow den Vorsitz. Dieser ruft zunächst zur Bildung eines Konferenz-Sekretariats aus je einem Vertreter der Delegationen unter Vorsitz eines sowjetischen Delegierten auf. Aufgabe des Sekretariats soll es u. a. sein, das Kommuniqué über die Konferenz auszuarbeiten[54]. Sodann erteilt Schiwkow Walter Ulbricht das Wort[55].]

Die Rede des Gen. W. ULBRICHT[56]

[Einleitend verweist Ulbricht lobend auf die Initiativen der Sowjetunion zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Regelung des „Westberlin-Problems" und unterstreicht die sowjetischerseits erklärte Notwendigkeit, die Lösung dieser Fragen nicht weiter zu verschleppen, sondern noch 1961 anzugehen. Zur Begründung führt er aggressive, revanchistische Pläne der Bundesregierung an, die auf atomare Rüstung der Bun-

[51] Vgl. CChSD, 10/3/12, Blatt 1–10. Im folgenden werden nur noch Blatt-Nummern angegeben, da sich alle Angaben auf diesen Faszikel beziehen.

[52] Die Sitzung dauerte von 10–14 Uhr.

[53] Über derartige zweiseitige Gespräche einzelner Delegationsmitglieder zumindest mit sowjetischen Partnern berichtet auch der SED-Dolmetscher Werner Eberlein, in: Otto, 13. August 1961, Teil 2, S. 87.

[54] Die Zusammensetzung des Sekretariats ist im Protokoll nicht festgehalten.

[55] Blatt 11–12.

[56] Blatt 12–59.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deswehr dränge, um ihren „Drang nach Osten", die traditionelle Politik des deutschen Imperialismus, verwirklichen zu können, und die Westmächte auf den Weg der Konfrontation mit den sozialistischen Ländern lenken wolle. Deshalb solle der Friedensvertrag auch notfalls mit der DDR allein von den dazu bereiten Mächten der Anti-Hitler-Koalition abgeschlossen werden, denn er würde die endgültige völkerrechtliche Bestätigung der Grenzen Polens und der Tschechoslowakei mit der DDR und auch die der DDR mit der Bundesrepublik bringen und damit den westdeutschen Imperialismus seiner völkerrechtlichen Argumentation berauben.

Im Kern seiner Ausführungen kreist Ulbricht letztlich um zwei Themenbereiche: um die Unterbindung der Massenflucht von DDR-Bürgern über West-Berlin und um Vorkehrungen gegen die zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen einseitiger Maßnahmen. Im Hinblick auf die Unterbindung der Flucht von DDR-Bürgern über West-Berlin erläutert Ulbricht ausführlich das Interesse an der Übertragung der vollen Souveränität an die DDR mit Hilfe eines Friedensvertrages, der es ihr in Verbindung mit der Umwandlung des Status von West-Berlin und der Ablösung der westlichen Besatzungsrechte erlauben würde, den gesamten Verkehr von und nach West-Berlin zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu kontrollieren, einschließlich des „Personen- und Güterverkehrs, der zur Versorgung der Garnisonen der Westmächte in Westberlin über das Gebiet der DDR erfolgt". Die Zustimmung der Ostblock-Führer sucht Ulbricht nicht zuletzt mit dem Hinweis darauf zu gewinnen, daß die Westmächte keineswegs einer Meinung und im Grunde verhandlungsbereit seien und daß es trotz aller verbalen Ablehnung zu diplomatischen Verhandlungen kommen werde. Ausdrücklich auf Kompromißmöglichkeiten für den Fall des Zustandekommens derartiger Verhandlungen eingehend, läßt Ulbricht erkennen, daß es ihm in erster Linie auf die Lösung des „Westberlin-Problems" ankommt, denn das Thema Friedensvertrag übergeht er in diesem Zusammenhang völlig. Als unabdingbar erklärt er erstens die „Beseitigung der Agenten- und Spionagezentralen in Westberlin und die Einstellung jeder Störtätigkeit, die von Westberlin aus [...] betrieben wird," und zweitens die „Schaffung eines Systems von Verträgen über die Benutzung der Verbindungswege von und nach Westberlin durch das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik". Dabei wird ganz deutlich, daß es Ulbricht vor allem um die Unterbindung der „Abwerbung" von Arbeitskräften geht. Da die Kontrolle des Luftverkehrs nach West-Berlin am problematischsten ist, plädiert er dafür, den Flugverkehr Berlins insgesamt oder größtenteils auf den DDR-Flughafen Schönefeld zu konzentrieren. Schließlich erklärt er es insbesondere wegen der angeblich durch westdeutsche und amerikanische Agenturen organisierten Abwerbung von Spezialisten für notwendig, die Staatsgrenze der DDR, „die mitten durch Berlin geht", zu sperren und die Ausreise von DDR-Bürgern nach Westdeutschland und Westberlin von einer Ausreisegenehmigung abhängig zu machen[57]. In impliziter Anerkennung des Sonderstatus von ganz Berlin fügt Ulbricht hinzu, daß auch der „Besuch von Bürgern der Hauptstadt der DDR in Westberlin" von der Ausstellung einer „besonderen Bescheinigung" abhängig gemacht werden soll.

Mit der Forderung nach Zustimmung zur Schließung der „offenen Grenze" und Einführung eines normalen Grenzkontrollsystems auch in Berlin wendet sich Ulbricht im übrigen ausschließlich an die Staaten des Warschauer Vertrages und läßt durchblicken, daß die Westmächte einer solchen Regelung ebenso wie Friedensvertragsverhandlungen kaum

[57] Die explizite Forderung nach Sperrung der Grenze war nicht im eingereichten Redetext Ulbrichts enthalten und ist bei der Korrektur des Protokolls wieder entfernt worden.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zustimmen würden. In einem solchen Fall sollte eine Friedensvertragskonferenz eben nur mit den dazu bereiten Staaten unter den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands durchgeführt werden. Als Verhandlungsort schlägt Ulbricht Potsdam oder ggf. Moskau vor.

Auf die Friedensvertragskonferenz geht Ulbricht allerdings fast nur beiläufig ein. Sein zweites großes Thema sind vielmehr die möglichen Folgen eines einseitigen Vorgehens in Berlin. Militärische Verwicklungen schließt er unter Hinweis auf die militärische Überlegenheit der Sowjetunion aus. Die „Hauptschwierigkeit" sieht er auf wirtschaftlichem Gebiet – in zu erwartenden Boykott- oder Embargomaßnahmen gegen die DDR nicht nur von seiten der „westdeutschen Bundesrepublik", wie er sie stereotyp nennt, sondern auch von seiten der NATO insgesamt. Diese nachteiligen Folgen für die DDR sucht er als Sache des gesamten sozialistischen Lagers darzustellen, um sodann ausführlich darauf einzugehen, welche Hilfen und Lieferungen die DDR von den einzelnen Ländern des Warschauer Paktes erwartet, damit sie „störfrei", d. h. von industriellen Lieferungen aus der Bundesrepublik unabhängig werden kann. Dabei vergißt er nicht zu bemerken, daß die Partnerländer bei industriellen Bestellungen in der DDR häufig auf der Verwendung von Teilen und Anlagen aus der Bundesrepublik bestanden und dadurch die Störanfälligkeit der DDR-Industrie erhöht hätten. Zugleich kündigt er an, daß die DDR im Interesse der ausreichenden Versorgung der eigenen Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs eingegangene Lieferverpflichtungen gegenüber ihren Partnern nicht wird einhalten können. Um dem Vorwurf zu begegnen, man habe wegen verfehlter Landwirtschaftspolitik selber schuld an Versorgungsengpässen, zählt Ulbricht langatmig die Erfolge der DDR-Landwirtschaft auf und untermauert dies mit zahlreichen Statistiken, um dann die Forderung nach zusätzlichen Futtermittellieferungen aus den „Bruderländern" als objektiv notwendig erscheinen zu lassen.

Höchst dramatisch stellt Ulbricht auch die Schäden dar, die der DDR durch den „Schwindelkurs" der Bundesrepublik beim Geldumtausch und durch die „Abwerbung" von Arbeitskräften in allen Wirtschaftsbereichen entstünden, um damit noch einmal die Notwendigkeit zusätzlicher Lieferungen und auch der Gestellung von Arbeitskräften aus der Sowjetunion und Bulgarien – er nennt „für den Anfang" die Zahl von „etwa 50 000"[58] – zu begründen. An eigenen Maßnahmen gegen ein Wirtschaftsembargo verweist Ulbricht im übrigen auch auf die Möglichkeit einer „drastischen Erhöhung" der Transitgebühren für westdeutsche Kraftfahrzeuge und Binnenschiffe auf dem Gebiet der DDR und auf die Möglichkeit der Behinderung des Personen- und Güterverkehrs zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin. D. h., er deutet fast unverhüllt die Möglichkeit einer neuen Blockade an, wobei ihm dieses Argument wohl vor allem dazu dient, seinen Forderungen nach Gewährung von Wirtschaftshilfe und Gestellung von Arbeitskräften Nachdruck zu verleihen.

Abschließend schlägt Ulbricht der Konferenz folgende praktischen Maßnahmen zur Beschlußfassung vor, die noch einmal die Bedeutung der erwünschten Wirtschaftshilfe bestätigen:

1. die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Entwürfen eines „Friedensvertrages *mit der Deutschen Demokratischen Republik*" (Hervorhebung der Verf.), eines Statuts der „neutralen, entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin" und einer Garantieerklärung für deren Rechte;

[58] Die Formulierung „für den Anfang" stand nicht in Ulbrichts eingereichtem Redetext und ist bei der Korrektur aus dem Protokoll entfernt worden.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. die Bildung einer Kommission zur Einberufung und Durchführung der Friedenskonferenz;
3. den Abschluß von Verträgen zwischen der DDR und den einzelnen sozialistischen Staaten zur Gewährleistung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik;
4. Vereinbarungen zur Sicherstellung der zusätzlich notwendigen Eisenbahntransporte für die DDR vor allem durch Polen;
5. Die Beauftragung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, die kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung der DDR im IV. Quartal 1961 und im Jahre 1962 zu gewährleisten;
6. Die Einrichtung eines internationalen Informationszentrums zur Organisierung der internationalen Propaganda für den Friedensvertrag und die Lösung des Westberlin-Problems.]

[Nach einer 20minütigen Pause im Anschluß an Ulbrichts Referat übernimmt der ungarische Parteivorsitzende Kádár den Vorsitz und erteilt dem polnischen Parteichef Gomułka das Wort.]

Die Rede des Gen. W. GOMUŁKA[59]

[Gomułka unterstützt die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages und erklärt die Bereitschaft Polens, notfalls auch einseitig, ohne die Westmächte, vorzugehen. Er führt dann aus, daß die Absicht in der nächsten Zeit zu allen möglichen Kampagnen und Diversionsakten von seiten Bonns führen werde und sagt weiter:]

Das wird durch die offene Grenze zwischen unserem Berlin und Westberlin gefördert.

Gen. Ulbricht hat in seinem Referat über die Maßnahmen gesprochen, die nach Abschluß des Friedensvertrages und nach der Verkündung des mit dem Vertrag zusammenhängenden Statuts von Westberlin ergriffen werden. Das muß vor allem die Errichtung einer formellen Grenze mit Westberlin sein, bei deren Überschreiten bestimmte Dokumente erforderlich sind.

Unserer Meinung nach erhebt sich hier die Frage, ob man [wirklich] mit der Durchführung von Maßnahmen, deren Zweck es ist, den Zugang vom Territorium der Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin zu sperren, all die schwierigen Monate warten soll, die bis zum Abschluß des Friedensvertrages bleiben.

Wir sind der Meinung, daß die Regelung dieser Frage vom juristischen Standpunkt aus bereits jetzt zu den Kompetenzen der Deutschen Demokratischen Republik gehört. Wir meinen, daß man darüber nachdenken soll, ob man nicht schon heute entscheidende Maßnahmen auf diesem Gebiet ergreifen soll. Ich schlage vor, diese Frage zu erörtern. Derartige Maßnahmen, die noch keinen endgültigen Charakter haben müssen, brächten auch Nutzen von weit größerer politischer Bedeutung.

Ich gehe jetzt zu den Fragen wirtschaftlichen Charakters über, die im Referat des Gen. Ulbricht angesprochen worden sind und die mit den voraussichtlichen Folgen des Abschlusses des Friedensvertrages im Zusammenhang stehen.

[Gomułka drückt sein grundsätzliches Einverständnis mit den von Ulbricht aufgezeigten Perspektiven aus und sagt dann weiter:]

Etwas anderes ist die Frage der Hilfeleistung der sozialistischen Bruderländer für die Deutsche Demokratische Republik, um sie vor den Folgen eines möglichen Embargos

[59] Blatt 59–68.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf Lieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR zu schützen [. . .]. Die Frage der Gegenmaßnahmen gegen die Auswirkungen eines Embargos muß auch in größerem Maßstab erörtert werden: für den Fall der Anwendung des Embargos der Bundesrepublik Deutschland nicht nur in bezug auf die Deutsche Demokratische Republik, sondern auch auf die anderen sozialistischen Länder, die den Friedensvertrag unterzeichnen, und auch für den Fall, daß das Embargo von allen Nato-Ländern in bezug auf die sozialistischen Länder angewandt wird.

Unabhängig von der Notwendigkeit, diese und andere Varianten zu erörtern, glauben wir, daß die Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe der Deutschen Demokratischen Republik im Falle der Verhängung eines Embargos durch die Bundesrepublik Deutschland auf die Lieferungen in die Deutsche Demokratische Republik bei der Überwindung der Schwierigkeiten, die im Zusammenhang damit entstehen, helfen müssen. Das betrifft vor allem die Lieferung von Halbfabrikaten und ergänzender Ausrüstung für Anlagen und Maschinen, die die Deutsche Demokratische Republik in andere sozialistische Länder exportiert. Dabei meinen wir, daß man eine Lösung des Problems anstreben muß, durch die die Pläne der anderen sozialistischen Länder möglichst wenig in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Teilnehmerländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die komplette Anlagen, Maschinen und Ausrüstungen aus der Deutschen Demokratischen Republik importieren, müssen entscheiden, welche der Lieferungen der Deutschen Demokratischen Republik die wesentlichste Bedeutung für ihre Wirtschaft haben und der Deutschen Demokratischen Republik bei der Versorgung mit Material und Teilen helfen, die bislang aus der Bundesrepublik Deutschland importiert werden. Wir werden uns dem auch nicht verweigern, obwohl an dem Material und den Teilen, um die es hier geht, bei uns Mangel herrscht und wir selbst gezwungen sind, sie aus kapitalistischen Ländern zu importieren. Die Deutsche Demokratische Republik kann ihrerseits die Lösung dieser Probleme erleichtern, wenn sie in die interessierten sozialistischen Länder einige Waren umlenkt, die sie gegenwärtig in die Bundesrepublik Deutschland exportiert. Diese gegenseitigen Lieferungen sollen nach Möglichkeit bei der Überwindung der Schwierigkeiten helfen, ohne die Zahlungsbilanzen sozialistischer Länder mit kapitalistischen Ländern zu beeinträchtigen, denn diese sind, wie im Falle Polens z. B., auch jetzt [schon] äußerst angespannt.

Bei der Darlegung der Wirtschaftsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik mit anderen sozialistischen Ländern hat der Gen. Ulbricht besonders den Kredit erwähnt, den die Deutsche Demokratische Republik der Polnischen Volksrepublik zur Entwicklung der Braunkohlenindustrie gewährt hat. Dieser Kredit im Umfang von 400 Millionen alten Rubeln wird für die Lieferung von Maschinen für Braunkohlengruben verwendet und steht im Zusammenhang mit den gewaltigen Ausgaben, die Polen zur Erweiterung seiner Brennstoff- und Energiebasis tätigt. Polen ist seinerseits vertraglich verpflichtet, Steinkohle in die DDR zu liefern. Es ist vorgesehen, daß 1961–1965 aus dieser Kreditsumme etwa 240 Millionen alter Rubel verbraucht werden. Dieser Kredit ist ein Ausdruck der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe der sozialistischen Länder, und zwar genauso wie unser der Deutschen Demokratischen Republik 1958–1960 gewährter dreijähriger Kredit im Umfang von 100 Millionen alten Rubeln zum Kauf von Konsumgütern in Polen.

Was die Lieferung von polnischem Walzgut an die DDR betrifft, so sind wir verpflichtet, Walzerzeugnisse zu liefern, die für die Herstellung von Ausrüstungen für die polnischen Braunkohlengruben in der Deutschen Demokratischen Republik nötig sind. Diese Lieferungen führen wir gemäß unseren Verpflichtungen durch.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Man muß hinzufügen, daß unsere eigene Wirtschaft immer noch unter einem Mangel an Walzgut leidet. [. . .] Heute erzeugen wir jährlich ungefähr 7 Millionen t Stahl. Doch dieses Potential reicht immer noch nicht aus und kann den wachsenden Bedarf unserer Volkswirtschaft, insbesondere den Bedarf des Maschinenbaus, des Eisenbahntransports, des Bauwesens sowie des Kohlebergbaus, der auch für die Bedürfnisse anderer sozialistischer Länder arbeitet, nicht decken. Auch im Niveau des Stahlverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung kommen diese Schwierigkeiten zum Ausdruck. Es liegt in Polen erheblich niedriger als in entwickelteren sozialistischen Ländern. Nichtsdestoweniger verstehen wir, welche zu erwartenden Schwierigkeiten für die Deutsche Demokratische Republik mit einem Embargo verbunden sein werden.

Was die von Gen. Ulbricht angesprochenen Fragen der Sicherstellung einer störungsfreien Versorgung der Bevölkerung der DDR im IV. Quartal des laufenden Jahres und 1962 betrifft, so sind wir bereit, dieses Problem auf der Ebene des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu erörtern und im Rahmen unserer Möglichkeiten zu seiner Lösung beizutragen. Das sind keine leichten Fragen, und sie erfordern eine gründliche und genaue Untersuchung in allen Details.

Wir werden ebenfalls alle Anstrengungen unternehmen, um eine Steigerung der Eisenbahn-Transittransporte durch Polen sicherzustellen.

Erlauben Sie mir, nun zur Erörterung anderer Fragen und Vorschläge praktischer Art überzugehen. Wir sind mit dem Vorschlag der Sowjetunion einverstanden, daß die Initiatoren der [Friedens-] Konferenz drei Staaten – die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Polen – sein sollen. Im Zusammenhang damit machen wir den Vorschlag, daß eine Arbeitskommission sich mit der Ausarbeitung des Vertragstextes befaßt. Es wäre am folgerichtigsten, wenn die sowjetischen Genossen den ersten Entwurf ausarbeiteten. Im Hinblick auf den Kalender wäre unserer Ansicht nach folgender Arbeitsplan angemessen: Die sowjetischen Genossen arbeiten den Vertragsentwurf, sagen wir, im August aus. Die Arbeitskommission beginnt die Arbeit an diesem Entwurf Anfang September und schließt sie bis Ende desselben Monats ab. Ihre Vorschläge übergibt sie dann den Parteiführungen, damit diese ihre Stellungnahme dazu bis zum Treffen aus Anlaß des 44. Jahrestages der Oktoberrevolution abgeben. Die formelle Abstimmung über diese Vorschläge müßte auf einem Treffen der Außenminister stattfinden, das einzuberufen die Delegation der Sowjetunion mit Recht vorschlägt [. . .].

Genossen, auch wenn wir den Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik ohne Beteiligung des zweiten deutschen Staates und ohne Beteiligung der Westmächte unterzeichnen und durchführen, müssen wir klar und unmißverständlich deutlich machen, daß diese Tatsache sie [die Westmächte] nicht im geringsten von den Verpflichtungen befreit, die sie in Übereinstimmung mit der Potsdamer Erklärung und mit anderen internationalen Dokumenten auf sich genommen haben. Ihre Besatzungsrechte werden zwar abgeschafft, doch die Verpflichtungen dauerhaften Charakters bleiben unverändert in Kraft.

Wo ich an Potsdam erinnere, möchte ich auch sofort etwas zur Frage des Ortes der Durchführung der zukünftigen Friedenskonferenz sagen. Ich habe ein wenig die Befürchtung, daß eine Konferenz zur Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages in Potsdam in psychologischer Hinsicht den Eindruck erwecken könnte, daß sie mit ihren Entscheidungen völlig an die Stelle der Potsdamer Konferenz von 1945 tritt. Ich schlage Ihnen vor zu prüfen, ob nicht gerade Berlin ein angemessener Ort wäre. Diese Stadt, die die Hauptstadt der DDR ist, muß in Zukunft ein weithin bekanntes Symbol des Friedens werden, und die Nennung der Hauptstadt des ersten friedliebenden deutschen Staates in

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Geschichte muß verbunden sein mit dem ersten friedlichen Staat in der deutschen Geschichte, der gegründet ist auf den Grundsätzen der Gleichheit, der frei von Revanchismus ist und danach strebt, daß der Krieg, dem in formaler Hinsicht ein Ende bereitet wird, der letzte Krieg war, der durch den deutschen Imperialismus entfesselt wurde [. . .].

[Der Vorsitzende Kádár erteilt das Wort dem tschechoslowakischen Parteichef.]

Die Rede des Gen. A. NOVOTNY[60]

[Novotný unterstützt ebenfalls den Vorschlag, den Friedensvertrag mit Deutschland jetzt zu schließen und damit auch das Problem Westberlin zu lösen. Er sagt dann weiter:]

Wie beurteilt unsere Partei die Lage, und wie werden sich ihrer Meinung nach die Ereignisse im Zusammenhang mit der Lösung des Deutschland-Problems entwickeln?

Wir machen uns keine Illusionen über die Schwierigkeiten, die die Lösung dieses Problems in politischer und wirtschaftlicher und im Zusammenhang damit auch in anderer Hinsicht bringen wird. Zugleich nehmen wir aber nicht an, daß die Westmächte bis zum äußersten gehen und einen militärischen Konflikt hervorrufen werden. Wir nehmen allerdings an, daß es zu einer Verschärfung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den Westmächten und anderen Nato-Staaten kommen wird. [[Zugleich ziehen wir aber auch die Möglichkeit eines militärischen Konflikts in Betracht und bereiten uns in dieser Hinsicht vor.]]

Wir müssen uns darauf vorbereiten, daß die Nato-Länder auch auf andere kapitalistische Staaten starken Druck ausüben und sie veranlassen werden, ihre Beziehungen zu den sozialistischen Staaten einzuschränken. Wir glauben, daß es bis zum Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen und zur Verhängung eines Embargos gegen die sozialistischen Länder, zur Errichtung von Hindernissen für die Kulturbeziehungen und zum Abbruch oder zum Einfrieren der diplomatischen Beziehungen kommen kann.

Wir glauben, daß sie sogar noch weiter gehen können. Es ist nicht auszuschließen, daß sie so weit gehen, die Land- und Luftverbindungen zu unterbrechen und die Bewegungsfreiheit von Schiffen, die unter der Flagge von Ländern des sozialistischen Lagers mit ihren [d. h. westlichen, die Verf.] Frachten fahren, einzuschränken[61]. [[Wir glauben, daß die Unglücksfälle zweier unserer Flugzeuge in Westdeutschland bzw. bei Casablanca durch die westlichen Imperialisten verursacht wurden, weil sie unsere Luftverbindungen mit Afrika stören wollen.]]

Des weiteren müssen wir auf Versuche gefaßt sein, Provokationen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik und an den Grenzen Westdeutschlands zur DDR und zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik hervorzurufen.

Ohne Zweifel wird starker politischer und wirtschaftlicher Druck auf die DDR ausgeübt werden – bis hin zu Versuchen, ihre wirtschaftliche Lage zu erschweren und den innerdeutschen Handel zu unterbrechen.

Wir sehen schon heute, daß die DDR im Zentrum der Angriffe der Gegner des Friedensvertrags steht. Wir sind uns vollkommen im klaren darüber, daß ihre Rolle bei der Lösung des Deutschland-Problems, besonders in der gegenwärtigen Phase, äußerst wichtig und verantwortungsvoll ist. Deshalb sind wir der Meinung, daß man der Deutschen Demokratischen Republik helfen muß.

---

[60] Blatt 69–76.

[61] Die letzten drei Sätze sind im „Autorenexemplar" sprachlich redigiert, aber inhaltlich nicht verändert worden. Der folgende Satz ist von Novotny hinzugefügt worden.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[Novotný legt dann dar, daß er nicht auf Einzelheiten der von Ulbricht angesprochenen wirtschaftlichen Punkte eingehen, sondern über die Aufgaben sprechen will, die daraus entstehen, daß die sozialistischen und einige andere Länder den Friedensvertrag ohne Beteiligung der Westmächte allein mit der DDR schließen werden. Man müsse sich auf Provokationen und wirtschaftliche Schwierigkeiten vorbereiten, und die Tschechoslowakei werde der DDR auch bei der Versorgung der Bevölkerung mit einigen Produkten des täglichen Bedarfs helfen. Weiter sagt Novotny:]

Zu zwei konkreten Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, möchte ich offen unsere Position darlegen:

Wir können nicht mit landwirtschaftlichen Produkten helfen, weil wir selbst unseren eigenen Bedarf nicht entfernt decken können und selbst alle Anstrengungen unternehmen müssen, um die Versorgung unserer Bevölkerung sicherzustellen. Die Getreideernte wird in diesem Jahr wahrscheinlich ebenso hoch oder etwas besser sein als letztes Jahr. Hier wird vieles davon abhängen, unter welchen Bedingungen die Ernte stattfindet. Zur Zeit fällt zuviel Regen. Bei den Kartoffeln werden wir eine schlechte Ernte haben. Hier erfüllen wir schon viele Jahre den Plan längst noch nicht. Dafür haben wir eine gute Ernte bei den Futterpflanzen.

Ferner können wir auch einige Forderungen nach Lieferung solcher Güter nicht erfüllen, die die Tschechoslowakei in beträchtlichem Umfang selbst aus kapitalistischen Ländern importieren muß, und zwar besonders aus der Bundesrepublik Deutschland. Das betrifft hauptsächlich einige defizitäre Arten von Walzgut, Röhren, Maschinen und ergänzender Ausrüstung sowie einige Rohstoffe.

Soweit ich über den Gang der Verhandlungen zwischen unseren und den deutschen Spezialisten informiert bin, würde allein die Erhöhung der Lieferung einiger defizitärer Güter in die DDR im Jahre 1962 zu kapitalistischen Marktpreisen etwa 380–390 Millionen Kronen ausmachen. Über die Schwierigkeiten, diese Güter für Valuta zu kaufen, will ich nicht einmal sprechen: Das Hauptproblem besteht darin, daß wir diese Güter größtenteils vor allem in der Bundesrepublik Deutschland kaufen müßten.

Ich muß offen sagen, daß wir diesen Weg nicht beschreiten können, weil wir selbst bereit seit drei Jahren die Ausweitung der Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik entsprechend den Beschlüssen des Politbüros unserer Partei begrenzen, um nicht in wirtschaftliche Abhängigkeit von ihr zu geraten und in dieser Beziehung verwundbar zu sein.

Ich möchte darauf hinweisen, daß wir von allen sozialistischen Ländern die relativ größten [Wirtschafts-]Beziehungen mit kapitalistischen Staaten haben, und folglich würden wir im Falle der Verhängung eines Embargos gegen die sozialistischen Länder offensichtlich auch am meisten darunter leiden. Es ist für 1962 ein Gesamtimport aus kapitalistischen Ländern im Umfang von 4,5 Milliarden Kronen vorgesehen, darunter für 3 Milliarden Kronen aus Nato-Ländern. Darüber hinaus wird unsere Lage schon in diesem Jahr dadurch erschwert, daß der Warenaustausch mit der Volksrepublik China stark eingeschränkt worden ist.

Ich glaube, daß wir jetzt unsere ganze Aufmerksamkeit auf die Lösung der Frage konzentrieren müssen, wie wir der DDR Hilfe leisten können. Doch zugleich müssen wir uns darauf vorbereiten, daß die Maßnahmen der Imperialisten auf wirtschaftlichem Gebiet auch gegen die anderen sozialistischen Länder gerichtet sein können.

Wir sind damit einverstanden, daß sich die Vertreter der Staatlichen Plankommissionen treffen und diese Fragen lösen, und zwar auf der Basis von Direktiven der Zentralkomitees der Parteien, die diese gemäß den Ergebnissen der gegenwärtigen Konferenz erteilen

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden. Weiter sind wir dafür, daß der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe aktiv an der Lösung dieser Fragen beteiligt wird und sich in erster Linie mit folgenden Fragen befaßt:

Vor allem mit der Lösung der Frage, wie der DDR direkte Hilfe geleistet werden kann; das muß mit der Suche nach Wegen zur endgültigen Lösung der Frage der Rohstoff- und Materialbasis der DDR und der zweckmäßigsten Ausrichtung ihrer Industrie verknüpft werden.

Die zweite Aufgabe sehen wir darin, daß der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe den deutschen Genossen wirksame Hilfe bei der Lösung der Probleme der technischen Normen und technologischen Prozesse leistet, damit die in der Wirtschaft der DDR geltenden technischen Normen, die mit den westdeutschen identisch sind und von technologischen Prozessen abhängen, die in der Industrie Westdeutschlands ausgearbeitet worden sind, endgültig durch unsere gemeinsamen Normen und Standards abgelöst werden.

[Weiter spricht sich Novotný für gemeinsame Propagandaaktionen und für Schritte zur Förderung der internationalen Anerkennung der DDR sowie zur Intensivierung der bilateralen Kontakte auch auf der Ebene von Betrieben und Betriebsangehörigen sowie im Bereich der Kultur aus. Abschließend erwähnt Novotný auch den Entwurf des neuen Parteiprogramms der KPdSU als starke Waffe im Kampf gegen die zu erwartenden Aktionen der Imperialisten.

Anschließend erteilt der Vorsitzende Kádár dem rumänischen Parteichef das Wort.]

Die Rede des Gen. G. GHEORGHIU-DEJ[62]

[Auch Gheorghiu-Dej spricht sich in seiner kurzen Rede für den schnellen Abschluß des Friedensvertrages aus, und zwar für den Fall, daß die Westmächte nicht darauf eingehen, auch mit der DDR allein, da die Sowjetunion alle Möglichkeiten ausgeschöpft habe, diese zur Teilnahme zu bewegen. Er drückt die Überzeugung aus, daß die Westmächte trotz aller militanten Äußerungen, die zu hören seien, keine militärischen Maßnahmen ergreifen werden, daß man aber auf Provokationen gefaßt sein und der DDR für den Fall eines Wirtschaftsembargos helfen müsse. Er sagt dazu aber nichts Konkretes, sondern schlägt folgendes vor:]

Wir sind der Meinung, daß die Vorschläge des Gen. Ulbricht über die Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen unserer Länder mit der Deutschen Demokratischen Republik unter den neuen Bedingungen, die möglicherweise entstehen, in bilateralen Gesprächen erörtert werden müssen. Die Volksrepublik Rumänien ist zu derartigen Gesprächen mit der deutschen Seite in der nächsten Zeit bereit.

Ich gebe meiner Überzeugung Ausdruck, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik wirksam dazu beitragen wird, die aggressiven Pläne der imperialistischen Kreise zum Scheitern zu bringen und die Position des sozialistischen Lagers und der Friedenskräfte zu stärken.

[Der Vorsitzende Kádár erteilt dem bulgarischen Parteichef das Wort.]

Die Rede des Gen. T. SCHIWKOW[63]

[In seinem kurzen Beitrag dankt Schiwkow der KPdSU und Chruschtschow persönlich für ihre Bemühungen im Hinblick auf den Abschluß des Friedensvertrages und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß der Friedensvertrag die internationale Stellung der DDR

[62] Blatt 76–80.
[63] Blatt 80–83.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und auch ihre innere Lage stärken werde, weil er ein „Geschwür am gesunden Körper" der DDR beseitigen werde – „das Problem Westberlin". Zur Reaktion des Westens und zu den eigenen Gegenmaßnahmen sagt Schiwkow ganz allgemein:]

Wir müssen uns klar darüber sein, daß es zu einer gewissen Komplizierung der internationalen Lage kommen wird. Man muß davon ausgehen, daß die internationale Lage sich vorübergehend komplizieren wird. Es ist offensichtlich, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik bei den Imperialisten einen politischen Schock hervorrufen wird. Und wie jeder Schock wird er bei ihnen einen Verlust des Gleichgewichts, eine neue Hysterie, einzelne Provokationen, bestimmte diplomatische Maßnahmen und wirtschaftlichen Druck, insbesondere auf die Deutsche Demokratische Republik, hervorrufen.

Wir glauben ebenfalls nicht, daß die Imperialisten bis zu einem militärischen Konflikt gehen. Doch wir müssen auch darauf gefaßt sein. Und wir müssen offenkundig unsere Wachsamkeit erhöhen und zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit beschließen und durchführen. Und es ist offensichtlich, daß man in dieser Beziehung auch weitere Opfer auf sich nehmen muß.

Unsere Delegation ist mit den geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik einverstanden. Wir halten diese Vorschläge für richtig und werden alles, was von uns abhängt, tun, um zu ihrer erfolgreichen Realisierung beizutragen.

Was die vom Gen. Ulbricht hier aufgeworfenen Fragen der Hilfeleistung für die Deutsche Demokratische Republik zur Verringerung der Schwierigkeiten betrifft, welche die Deutsche Demokratische Republik durchmacht und die sich im Zusammenhang mit der Lösung des Deutschland-Problems möglicherweise noch vergrößern werden, so werden wir zur Verringerung der Schwierigkeiten der Deutschen Demokratischen Republik beitragen, und in unseren bilateralen Treffen und Verhandlungen werden wir konkrete Maßnahmen, die damit im Zusammenhang stehen, erörtern.

[Nach einigen abschließenden Floskeln Schiwkows erteilt der Vorsitzende Kádár dem sowjetischen Parteichef das Wort.]

Die Rede des Gen. N. S. CHRUSCHTSCHOW[64]

Genossen! Unsere Delegation ist vollkommen einverstanden mit dem, was Gen. Ulbricht in seinem Referat dargelegt hat. Wie beurteilen wir die entstandene Lage und haben wir richtig gehandelt, als wir die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages jetzt aufgeworfen haben?

Wir sind der Meinung, daß dies nicht nur richtig, sondern auch notwendig ist. 16 Jahre sind seit dem Ende des zweiten Weltkrieges vergangen, und wenn wir keine Initiative ergreifen, dann wird es auch niemand anders tun, weil das imperialistische Lager von diesem Friedensvertrag *keinen Nutzen*[65] hat, sondern, umgekehrt, sogar Nachteile. Deshalb wäre es seltsam, wenn nicht wir die Initiative ergriffen. Diese Initiative ist aber nicht einfach. Es ist zu wenig, zu sagen, daß wir den Friedensvertrag wollen. Diesen Friedensvertrag müssen wir losreißen, weil das imperialistische Lager kein Interesse an diesem Friedensvertrag hat. Da sie nun einmal Deutschland in den westlichen Block hineingezogen haben, und Deutschland in zwei Teilen gespalten ist, gibt der Friedensvertrag dieser Spaltung eine legale

[64] Blatt 83–107.

[65] Im unkorr. Text: „Keinen direkten Nutzen".

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Basis. Das heißt, dies schwächt den Westen, und, natürlich, darauf gehen sie nicht ein. Doch sie aus Westberlin zu vertreiben, das bedeutet, den Weg zur Wühlarbeit gegen uns von seiten des imperialistischen Lagers zu versperren. Deshalb sind sie nicht an seiner Sperrung interessiert und werden alles tun, um dies nicht zuzulassen. Falls wir die Initiative nicht ergreifen, dann wäre es seltsam, zu erwarten, daß sie diese Initiative ergreifen, das ist klar.

Man kann fragen – und ich glaube, daß es in unseren Ländern Leute gibt, die so denken –, ob es sich gelohnt hat, diese Frage aufzuwerfen und eine Erhöhung der Temperatur und eine Verstärkung der internationalen Spannung in Kauf zu nehmen. Und diese Sache erzeugt zweifellos nicht nur internationale Spannung, sondern sie hat die Spannung schon hervorgerufen. Ich glaube, daß es in unseren Ländern Leute gibt, die an der Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes zweifeln. Doch das ist falsch. Man muß ihnen verdeutlichen, daß wir den Friedensvertrag von unseren früheren sogenannten Verbündeten – jetzt unseren Gegnern – losreißen müssen. Und nur durch Losreißen ist es möglich. Natürlich, jede Kraft erzeugt eine Gegenkraft. Deshalb leisten sie uns ihrerseits wütenden Widerstand.

Während unseres letzten Treffens haben wir darüber beraten, wie die Vorbereitung zum Abschluß des Friedensvertrages verlaufen wird und wie die Länder, an die wir uns wenden, reagieren werden; wir haben erwartet, daß sie Gegenmaßnahmen ergreifen, uns einschüchtern und alle möglichen Geister gegen uns beschwören werden, um unseren Mut, unseren Verstand und unsere Willenskraft auf die Probe zu stellen. Wenn man jetzt sieht, wie ihre Gegenmaßnahmen aussehen, dann glauben wir, ich und meine Genossen in der Führung unseres Landes und unserer Partei, daß der Gegner sich als weniger hart erwiesen hat, als wir angenommen hatten.

Sie können sagen, daß es noch keinen Friedensvertrag gibt und daß der Gegner sich noch zeigen wird. Richtig, er kann sich zeigen, doch schon jetzt kann man sagen, daß wir mehr Druck erwartet haben, aber die bislang stärkste Einschüchterung, das ist die Rede Kennedys. *Aber Kennedy wollte das eine, doch etwas anderes kam dabei heraus. So hat er doch gesagt, und sich dann selbst erschrocken*[66].

Ich hatte gerade nach der Rede Kennedys [[und auch vor seiner Rede]] mit McCloy gesprochen. Unser Gespräch zog sich in die Länge, wir haben über die Abrüstung gesprochen, doch eigentlich hätten wir über Deutschland und den Abschluß eines Friedensvertrages und über West-Berlin sprechen sollen. Deshalb schlug ich vor: [„]Wenn Sie es wünschen, dann lassen Sie uns das Gespräch morgen fortsetzen, kommen Sie zu mir und wir sprechen weiter. ["][67]

[66] Im unkorr. Text: „Ich würde sagen, daß ein böser Geist diese Rede in seinem Namen hervorgebracht haben könnte. Ich habe einigen Genossen eine Anekdote erzählt, die mir einst Gen. Tito erzählt hatte: ‚Trau dir selbst nicht!'. So etwas geschah mit Kennedy. Er wollte das eine, doch etwas anderes kam dabei heraus. Ich werde es nachher beim Essen erzählen. Das ist eine Tischanekdote, und deshalb gehört es sich nicht, sie in dieser ernsten Sitzung zu wiederholen. So hat auch er es zuerst gesagt, und sich dann selbst erschrocken.

[67] Im unkorrigierten Redetext folgt: „Und am ersten Tag haben wir vor dem Gespräch eine römische Regel befolgt: wir haben im Schwimmbecken gebadet. Er bat darum, daß wir uns photographieren lassen. Wir wurden in [gegenseitiger] Umarmung in diesem Becken photographiert. Ich weiß nicht, wem er dieses Photo zeigen wird. Ich habe doch keine Angst davor, mit einem Vertreter der Wall Street umarmt in einem sowjetischen Schwimmbecken photographiert zu werden. Wenn es jemandem gefällt, dann laß es ihn zur Erinnerung. Ich werde deswegen nicht aufhören, ein Kommunist zu sein, und er wird nicht aufhören, ein Vertreter der Wall Street zu sein. Aber es ist auch bezeichnend: Er ist gekommen, um mit uns einen Kuhhandel zu machen."

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als wir uns am nächsten Tag trafen, um das Gespräch über die Abrüstung zu führen, habe ich gesagt, daß ich nicht weiß, womit anfangen: [„]Was für eine Abrüstung kann es geben, wenn Kennedy uns in seiner Rede im Grunde den Krieg erklärt hat[68], angekündigt hat, daß er für den Fall, daß wir den Friedensvertrag schließen, dieses und jenes tun wird, und wenn er die Mobilmachung erklärt hat usw. Was kann ich dazu sagen? Vor dem Ultimatum werden wir nicht zurückweichen. Bitte, übermitteln Sie Ihrem Präsidenten folgendes: Falls Sie uns den Krieg erklären, werden wir auch diese Bedingung annehmen und Ihnen mit Krieg antworten. Das sollen Sie Ihrem Präsidenten sagen.["]

Darauf erklärt er: [„]Wieso sagen Sie so etwas, Kennedy hat das nicht gesagt, er hat von Verhandlungen gesprochen. ["] Ich antworte ihm: „Herr McCloy, Sie haben doch gesagt, daß Sie die Rede Kennedys nicht gelesen haben und nicht wissen, was er gesagt hat. Aber ich habe sie doch gelesen." Er wurde verlegen. Natürlich kannte er die Rede Kennedys. „Ich weiß, worüber er gesprochen hat, und ich antworte auf die Rede Präsident Kennedys. Denken Sie darüber nach. Sie wollen uns einschüchtern. Sie wiegen sich in der Überzeugung, daß das sozialistische Lager und Chruschtschow – Sie verwenden oft meinen Namen – sich niemals auf einen Krieg einlassen. Sie sind davon überzeugt, und deshalb drohen Sie mit Krieg und rechnen darauf, daß wir nachgeben. Ja, wir werden uns auf einen Krieg einlassen, wir werden den Krieg nicht erklären, aber wir werden auch nicht weglaufen, wenn Sie uns den Krieg aufzwingen. Wir beantworten Ihren Krieg unsererseits mit Krieg. Ich bin der Oberbefehlshaber, und falls der Krieg beginnt, werde ich den Truppen den [entsprechenden] Befehl geben, und wir werden Ihnen entgegentreten."

Ich habe lange mit ihm gesprochen. Ich habe ihm gesagt: „Übermitteln Sie Präsident Kennedy, daß er natürlich einen Krieg beginnen kann. Doch ich glaube, falls er ihn beginnt, dann dürfte er damit der letzte Präsident der Vereinigten Staaten sein, weil die Völker nach dem Krieg kaum denjenigen verzeihen werden, die Kriege entfesseln, in denen Millionen untergehen." Ich weiß, daß er das genau mitgeteilt hat.

Wenn man jetzt die Lage in Amerika betrachtet, so geht dort natürlich, wie man sagen könnte, eine brennende Demonstration [der Stärke] vor sich. Doch andererseits beginnen jetzt Leute, die Kennedy nahestehen, wie Feuerwehrmänner mit kaltem Wasser zu arbeiten.

[Nun] über den Besuch Fanfanis. Er ist gegenwärtig mein Gast und ist nach Leningrad gefahren. Er sagt, daß ich ihn eingeladen hätte, doch ich habe ihn eingeladen, weil er darum gebeten hat, daß ich ihn einlade. Wir haben nicht einmal daran gedacht, ihn einzuladen. Und wirklich, wie konnten wir ihn in einer so angespannten Lage einladen? Wir würden doch durch eine solche Einladung unsere Schwäche zeigen, würden zeigen, daß wir irgendwelche Wege suchten, um zu kapitulieren. Doch darauf lassen wir uns unter keinen Umständen ein. Nicht wir haben ihn eingeladen, er selbst hat darum gebeten. Doch das dürfen wir unter keinen Umständen verlauten lassen, wir müssen die Höflichkeit wahren. Wir haben selbst offiziell erklärt, daß wir ihn eingeladen haben. Bei der Begrüßung Fanfanis habe ich gesagt, daß wir froh sind, daß er unsere Einladung angenommen hat. Er hat mir ebenfalls dafür gedankt, daß ich ihn eingeladen habe. Doch er weiß schon selbst, daß nicht ich ihn eingeladen habe. Das ist auch bezeichnend.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch auf folgendes Detail lenken. Als die Gespräche über die Einladung Fanfanis gerade im Gange waren, haben die Amerikaner davon

[68] Im unkorrigierten Redetext folgt: „und uns Bedingungen gestellt hat".

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wind bekommen. Sie haben ein schreckliches Geschrei veranstaltet und über diplomatische Kanäle – wir kannten diese Kanäle – Alarm zu schlagen begonnen: Fanfani sei eine schwache Stelle in der Front, er komme den Russen entgegen, wie könnten die Russen das einschätzen? Und als Fanfani bei sich zu Hause in Italien unter Druck geriet, war er gezwungen zu sagen: [„]Also, meine Herrschaften, würde ich denn nach Moskau fahren, falls das mit Kennedy nicht abgestimmt wäre[?"] Als das bekannt wurde, kam die Frage auf, wie es sein kann, daß Kennedy Fanfani geraten hat, nach Moskau zu fahren, und Rusk nichts davon gewußt hat? Und Rusk wußte tatsächlich nichts. Das kommt vor. Warum? Kennedy ist anscheinend in einer schwierigen Lage, weil er die eine Partei vertritt und Rusk die andere.

Wir wissen natürlich, daß diese zwei Parteien im Grunde eine Partei sind, es sind zwei Fraktionen einer Partei des monopolistischen Kapitals. Doch es gibt gewisse Unterschiede zwischen ihnen, das darf man nicht verneinen, andernfalls wären wir keine Politiker, sondern Agitatoren, die sagen, daß es den Kapitalismus und die Arbeiterklasse gibt, daß man auf die verfluchten Bourgeois schimpfen soll, und damit Schluß. Doch das ist ein primitives Verständnis vom Klassenkampf. In Wirklichkeit ist die Lage komplizierter[69]. Das verstehen nur die Albaner so und sprechen in ihren Reden davon, daß da ein verfluchter Bourgeois steht, der einen dicken Bauch hat, usw. Doch wir haben ein derartiges Argumentationsmuster im Kampf gegen die Bourgeois schon 1917 hinter uns gelassen. Bei uns sind nicht einmal die [jungen] Pioniere, sondern die [Roter-]Oktober-Kinder auf diesem Niveau[70]. Aber das nur am Rande[71].

Also, das zeugt davon, daß die Lage bei ihnen, im kapitalistischen Lager, auch kompliziert ist[72]. Als ich gestern und vorgestern mit Fanfani sprach, habe ich ihn gefragt: [„]Hören Sie, weshalb sprechen Sie die ganze Zeit vom Krieg?" Er antwortet mir: [„]Wer spricht denn vom Krieg? Wir sprechen über Verhandlungen["]. [„]Aber warum["], sage ich, [„]schreien Sie über die Mobilmachung? Wir sprechen von Verhandlungen und Sie von Mobilmachung. Das heißt, wollen Sie uns einschüchtern?["]

Ich habe ihm gestern gesagt: [„]Herr Fanfani, ich habe gelesen, und in der westlichen Presse spricht man viel darüber, daß ich Sie einschüchtern werde, wenn Sie zu uns kommen. Begreifen Sie, bitte, daß ich Sie nicht einschüchtere, sondern einfach über die realen Bedingungen spreche, welche bei uns entstehen können. Sie schüchtern uns ein, was sollen wir da tun? Ich werde Ihnen erzählen, was wir tun.["] Ich rief den Chef des Generalstabs zu mir und sagte: [„]Zeigen Sie, wie vorbereitet wir sind und was für Gegenmaßnahmen wir ergreifen, wenn der Gegner uns angreift.["] Er gibt mir einen Bericht, nimmt die Karte Italiens und zeigt, wo die Militärbasen liegen. [„]Wir wissen zwar["], sage ich zu Fanfani, [„]wo sich bei Ihnen die Militärbasen befinden, doch Sie können ihre Lage präzisieren. Wir werden dann Schläge gegen die Militärbasen und nicht gegen das ganze Territorium Italiens führen.["] Davor haben wir über die Zitrusplantagen gesprochen. [„]Un-

[69] Im unkorrigierten Redetext folgt: „als nur Bourgeoisie und Arbeiter".

[70] In der UdSSR kamen die Schulanfänger etwa bis zur dritten Klasse in die „Oktober-Kinder"-Organisation, dann zu den „Pionieren".

[71] Im unkorrigierten Redetext folgt: „Gott mit ihnen! Wir haben keine Albaner hier, und die Luft ist reiner geworden."Im bereits korrigierten Autorenexemplar war dieser Passus noch nicht gestrichen. D. h. er ist erst bei der Niederschrift der dritten, endgültigen Fassung entfernt worden.

[72] Im unkorrigierten Text folgt ein unverständlicher Satzfetzen: „Es ist das, daß sie einfach Krieg wollen, deshalb Fanfani."

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sere Militärbasen["], antwortete er, [„]sind gerade da, wo die Zitrusplantagen liegen["]. [„]Na was["], sage ich, [„]Zitrusplantagen braucht man, doch wir müssen Schläge gegen sie führen.["]

Wir setzen das Gespräch fort. Ich lege ihm bildlich dar: [„]Da ist Frankreich, da Großbritannien, da die Griechen, da die Türken. Mit einem Wort, wir vergessen niemanden, jedem haben wir die nötige Portion bestimmt und [sie] für alle vorbereitet, auch für Amerika, natürlich, in erster Linie, das haben wir nicht vergessen. Was ist das – Einschüchterung?["] – sage ich, [„]und Ihre Mobilmachung, was ist das? Sie werden die Mobilmachung durchführen, und wir werden mit den Händen im Schoß sitzen und zu Gott beten, daß es nicht geschieht? Nein! Wir haben Mittel. Kennedy selbst hat gesagt, daß das Kräfteverhältnis ausgeglichen ist, d. h. soviel Wasserstoff- und Atombomben die Sowjetunion hat, soviel haben auch sie[73]. Wir haben nicht gezählt, wieviel jeder hat, doch nehmen wir an, daß es so ist. Einverstanden. Dann lassen Sie uns auch von gleichen Möglichkeiten sprechen. Doch Sie kommen mit einer Politik der Drohungen, Sie benehmen sich so, wie ein Vater mit seinem Sohn, der gerade laufen gelernt hat: wenn etwas nicht richtig geht, droht er, [ihm] die Ohren langzuziehen. Wenn wir sagen, daß wir einen Friedensvertrag schließen werden, erklärt Kennedy: ‚Dann werde ich Ihnen die Ohren langziehen.' Doch wir sind aus diesem Alter herausgewachsen, wir tragen lange Hosen, keine kurzen. Und wenn Sie uns die Ohren langzuziehen drohen, dann werden wir Ihnen den Hintern versohlen. Das sollen Sie wissen.["]

Die westliche Presse hat ein großes Geschrei über mein Gespräch mit dem britischen Botschafter erhoben, hat so berichtet, als ob ich ihm gedroht hätte. Ich werde Ihnen erzählen, worüber ich mit dem englischen Botschafter gesprochen habe. Ich habe ihm folgendes gesagt: [„]Herr Botschafter, wieviele Atombomben muß man über Großbritannien abwerfen, um es unschädlich zu machen?["] Er antwortet: [„]6 Bomben, so sagt man bei uns.["] [„]Ich habe gehört["], sage ich, [„]daß bei Ihnen in England über diese Frage gestritten wird. Die einen sagen 6, das sind die Pessimisten, und Sie gehören zu Ihnen, die anderen, die Optimisten, sagen nicht 6, sondern 9 Bomben. Ich werde Ihnen ein Geheimnis unseres Generalstabes preisgeben: Wir schätzen Großbritannien höher ein, und bei uns sind einige Dutzend Atombomben bereitgestellt, mit denen wir einen Schlag gegen Großbritannien führen und es tatsächlich unschädlich machen werden.

Ist dies eine Drohung? Nein, das ist die Realität! Wozu stellen wir die Wasserstoffbomben und Raketen her? Für einen Atomschlag, falls man uns angreift. Betrachten Sie es, wie Sie wollen, als Drohung oder nicht als Drohung. Ich sage, daß dies die reale Wirklichkeit ist, wie sie sich entwickelt hat, und Sie ziehen daraus Ihre Schlußfolgerungen. Ob es Krieg gibt, hängt nicht von uns, sondern von Ihnen ab, weil Sie uns angreifen, und wir dann einen Schlag führen werden. Wir wollen keinen Krieg führen, wir schlagen Abrüstung und Vernichtung der Waffen vor – so sieht unsere Position aus.["]

Gestern habe ich Fanfani gesagt: [„]Herr Premierminister, ich glaube, daß es trotz allem keinen Krieg geben wird. Worauf ich das stütze? Darauf, daß ich an Ihre Vernunft glaube. Wissen Sie["], sage ich, [„]wer am meisten gegen den Krieg sein wird?["]. Er fragt: [„]Wer?["] Ich antworte ihm: [„]Adenauer! Warum? Weil Strauss selbst gesagt hat, daß sie keine Verrückten sind. Sie wissen, daß in Westdeutschland kein Stein auf dem anderen bleibt, wenn ein Krieg beginnt. Nun, das ist richtig! So was, wird Adenauer Selbstmord

[73] Im unkorrigierten Text folgt: „Ich stimme dem zu."

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

begehen? Nein! Generell ["], sage ich Fanfani, [„]kann es Krieg geben, man darf mit dieser Frage nicht leichtfertig umgehen. Kann es Krieg zwischen der Sowjetunion und Amerika geben? Ja, es kann. Krieg zwischen beiden Ländern kann es geben, doch dieser Krieg ist wenig wahrscheinlich, weil es sich um ein Duell mit ballistischen Interkontinentalraketen handeln würde. Wir sind auf diesem Feld stärker, und es ist für Amerika nicht vorteilhaft, einen Krieg mit dieser Waffe zu beginnen, über die es nicht verfügt, oder falls es darüber verfügt, dann nur über wenige und diese sind unseren Waffen unterlegen. Sie wissen das und erkennen das selbst an. Folglich ist *ein Krieg zwischen uns und Amerika wenig wahrscheinlich*[74], denn wir haben keine territoriale Berührung miteinander. Amerika aber kann von seinen Militärbasen aus, die auf Ihrem Territorium liegen, einen Krieg entfachen, es kann die Basen aktiv machen. Deswegen betrachten wir Sie als unsere Geiseln. Sie sind unsere Geiseln. Falls Amerika uns einen Krieg aufzwingt, dann radieren wir Sie von der Erdoberfläche, dann zerstören und vernichten wir Europa. Deshalb denken Sie darüber nach.["]

Ich habe ihm nicht gesagt, daß er genau deshalb zu uns gekommen ist. Aber wozu sonst ist er zu mir gekommen? Etwa zum Kaviar-Essen? Er kann ihn kaufen. Sie können ohne Reise von uns Kaviar kaufen. Wir können [ihn] verkaufen. Er ist aus einem anderen Grunde gekommen.

Auch Macmillan träumt von nichts anderem. Als 1958 der Konflikt entstand, da ist er auch gekommen. Ich habe in kritisiert. Er sagte: [„]Ich stand vor der Wahl, entweder zur Königin zu gehen und um die Evakuierung der Kinder und Frauen nach Kanada zu bitten oder nach Moskau zu fahren.["] Seitdem sind 3 Jahre vergangen. Inzwischen haben wir doch etwas getan und sind noch stärker geworden. So was, ist Macmillan dümmer geworden? Damals hielt er einen Krieg für unwahrscheinlich, und jetzt soll er ihn für möglich halten? Nein!

De Gaulle, das ist der größte Gegner. Das ist ein Mensch, der lebt sozusagen wie ein verarmter Adliger, irgendein Graf oder Fürst. Er war es gewohnt, so zu leben, daß die Lakaien ihn umgeben, daß er Ländereien besitzt, daß er zur Jagd mit der Meute ausreitet. Heute aber gibt es keine Meute mehr, und das Land ist verspielt, doch er lebt in der Vorstellung der alten Zeit.

De Gaulle, schaut doch mal, hat eine Division aus Algerien zurückgerufen, offenbar um uns abzuschrecken. Ich habe Fanfani gesagt, daß er diese Division zurückholt, weil er ihr nicht traut, wenn sie in Algerien stationiert ist. Ist sie denn in Frankreich weniger gefährlich? Man will uns mit einer Division einschüchtern, aber[75] heute wird eine solche Sache mit Atomwaffen entschieden. Welche Bedeutung hat es, wenn es eine Division weniger oder mehr gibt. Wenn die ganze französische Armee nicht mit den Algeriern, die mit Messern kämpfen, fertig wird, so, wie wollen sie uns dann mit einer Division Angst einjagen? Das ist doch zum Lachen, aber nichts, was Schrecken einjagt.

Außerdem – das ist bezeichnend – hat de Gaulle vor kurzem, ungefähr vor zwei Wochen, unseren Botschafter empfangen. De Gaulle hat ihm gegenüber wiederholt, was er auch mir früher gesagt hat, nämlich, daß man Deutschland unter keinen Umständen wiedervereinigen darf. [„]Warum["], sagt er, [„]soll man es wiedervereinigen? Das ist gefährlich, wir sind dagegen, mögen sie dort in zwei Teilen leben.["] Ich habe Fanfani gesagt:

[74] Im unkorr. Text: „für uns unmöglich, einen Krieg gegen Amerika zu führen".

[75] Im unkorrigierten Text folgt: „was sollen wir im Kriegsfall mit Bajonetten in den Hintern stechen?"

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[„]Sagen Sie, wie soll man das verstehen? Das ähnelt einem Feuilleton, das ich, meiner Erinnerung nach, irgendwann gelesen habe. Es geht darum, daß es bei uns in den ersten Tagen der Revolution in den Fragebögen folgende Frage gegeben hat: [‚]Glauben Sie an Gott?['] Und als man einen Angestellten danach fragte, hat er gesagt: [‚]Im Dienst nein, aber zu Hause ja.['] Also gleicht de Gaulle diesem Angestellten, wenn er über die Wiedervereinigung Deutschlands spricht: im Dienst spricht er von der Wiedervereinigung, aber zu Hause glaubt er nicht daran. Warum spricht er denn überhaupt über die Wiedervereinigung? Weil das für Adenauer nützlich ist. Niemand wünscht die Wiedervereinigung Deutschlands, weder Frankreich, noch England, noch Italien, noch Amerika. Und warum[„], frage ich Fanfani, [„]erheben Sie diese Forderung? Das ist selbstverständlich Ihr Recht, doch bei uns kann es über diese Frage nicht einmal ein Gespräch geben, geschweige denn eine Friedenskonferenz oder Verhandlungen, weil das eine innerdeutsche Angelegenheit ist und die Deutschen selbst miteinander darüber sprechen mögen.["]

McCloy appellierte an meine Gefühle als Alliierter: [„]Herr Chruschtschow, versetzen Sie sich in unsere Lage. Wir haben gemeinsam gegen die Deutschen unser Blut vergossen, und jetzt wollen Sie einen Friedensvertrag unterzeichnen. Dann müssen doch wir, die Amerikaner, die gegen die Deutschen gekämpft haben, bei Ulbricht um Erlaubnis bitten, um Verbindung mit Berlin zu haben["]. Ich antwortete ihm: [„]Ja, so etwas gibt es, weil man sich beim Ende eines Krieges hinsetzt und einen Friedensvertrag schließt, auch wenn man gegenseitig viel Blut vergossen hat. Doch wenn wir uns auf die Position der Blutrache stellen und einander mit Messern schlachten, dann werden wir niemals einen Vertrag schließen. Das ist die barbarische Methode vergangener Zeiten, doch heute lassen wir uns von einer anderen Moral leiten.["]

Dann sage ich ihm: [„]Hören Sie, und warum können Sie Ulbricht nicht die Hand reichen? Ich habe sie doch Adenauer gereicht und bin bereit, sie ihm noch einmal zu reichen. Glauben Sie, daß Ihr Adenauer besser ist, als unser Ulbricht?[76] Wieso wollen Sie nicht Ulbricht um Erlaubnis bitten, wenn er die Deutsche Demokratische Republik vertritt? Wir haben heute eine direkte Zugverbindung mit Frankreich, und unser Waggon geht im Eisenbahnzug durch das Bonner Territorium. Wir haben einen Vertrag, auf dem unsere Unterschriften stehen. Warum machen Sie nicht dasselbe? Tun Sie es, dann wird es besser, und wenn Sie es nicht tun, dann ist das Ihre Sache, aber den Zugang wird es nicht geben. Wenn Sie auf dem Luftwege nach Westberlin gelangen und die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik verletzen wollen, werden wir Sie abschießen, seien Sie dessen sicher![“]

Das habe ich auch gegenüber Fanfani wiederholt.

Warum haben wir darüber in einer so scharfen Form gesprochen? Man muß ihnen, Genossen, unseren Willen und unsere Entschlossenheit zeigen. Aber daraus muß man natürlich auch Schlußfolgerungen ziehen: Wenn sie uns einschüchtern wollen, dann müssen wir darauf antworten. Ist ein Zusammenstoß möglich? Ja, er ist möglich. Als Kennedy seine Fernsehrede gehalten hat, hat die Presse unsere Aufmerksamkeit sofort darauf gelenkt, daß Kennedy in seiner Rede nichts über die Wiedervereinigung Deutschlands gesagt hatte. Das sagen nicht wir, das sagen die Leute, die Kennedy nahe stehen. Ich glaube, daß wir auf der Haltung beharren müssen, für die wir uns entschieden haben. Sie ist richtig, sie entspricht sowohl den rechtlichen als auch den moralischen Gesetzen.

[76] Im unkorrigierten Text folgt: „Wir preisen unsere Ware an."

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doch ich glaube, daß wir unsererseits auch die Regeln der Höflichkeit wahren müssen. Was die Schärfe betrifft, so halten wir uns nicht zurück, doch in diesen scharfen Reden soll man keine Personen anrühren, weil wir trotzdem mit ihnen verkehren müssen. Außerdem bringt die Beschimpfung von Personen nichts, sie stärkt unsere Position in der betreffenden Frage nicht, schafft aber mancherlei Schwierigkeiten für diese Personen. Nehmen wir Kennedy. Wenn man fragt, wer von ihnen besser ist – Eisenhower oder Kennedy –, dann ist das eine müßige Frage, denn ob es Eisenhower oder Kennedy oder Robertson oder irgendein anderer „-son" ist, so sind sie doch alle Diener des Monopolkapitals. Deshalb hilft der Vergleich nicht weiter. Denn jeder hat seinen eigenen Charakter, und nur darin kann der Unterschied liegen.

Ich sagte Fanfani, daß man über den jetzigen amerikanischen Staat sagen kann, daß es ein schlecht regierter Staat ist. Kennedy selbst hat sehr wenig Einfluß auf den Gang und die Entwicklung der amerikanischen Politik. Ich sagte Fanfani, daß der amerikanische Senat oder andere Institutionen unserer alten Nowgoroder Wetsche sehr ähnlich sind. Wenn die Bojaren sich versammelten, um irgend eine Frage zu entscheiden, dann schrien und krakeelten sie, rissen sich gegenseitig an den Bärten und stellten auf diese Weise fest, wer recht hatte. Es siegte die Partei, die am meisten Haare aus den Bärten der Mitglieder der Gegenpartei herausgerissen hatte. Es sieht zwar etwas anders aus, doch dieselbe Situation haben wir heute in den USA. Deshalb kann man von den USA alles mögliche erwarten. Es kann auch Krieg geben. Sie können ihn vom Zaun brechen.

In England, in Frankreich, in Italien und in Deutschland ist die Lage weniger unberechenbar.

Als unser „Freund" Dulles noch lebte, da hat es in den Vereinigten Staaten eine weniger unberechenbare Lage gegeben, und das habe ich McCloy gesagt[77]. Dulles war unser Feind, der uns mit allen Fasern seiner Seele haßte und bereit war, unseren Nacken zu beugen, doch den Krieg fürchtete er. Er ging bis an den Rand des Abgrunds, wie er selbst es ausdrückte, doch er trat nicht über den Rand hinaus, und man glaubte ihm, wenn er nicht weiter gehen wollte. Wenn aber Kennedy das sagt, dann könnte man ihn der Feigheit bezichtigen. Dulles hat man nicht gesagt, daß er ein Feigling ist, und hat es so akzeptiert, wie er es gesagt hat. Ihm hat man geglaubt, daß es im Interesse der USA liegt, dies nicht zu tun. Wer konnte Dulles der Feigheit verdächtigen? Er war doch kein Feigling. *Kennedy aber ist ein unbekannter Mann in der Politik, er ist nur ein Leichtgewicht sowohl für die Republikaner als auch für die Demokraten, und der Staat ist groß und stark, und dies bedeutet eine gewisse Gefahr*[78].

In Gespräch mit Fanfani habe ich meine Meinung über die militärischen Maßnahmen der Amerikaner ausgedrückt. Ich habe ihm gesagt, daß die Bomber, die sie bauen, schon veraltet sind. Und bis sie einen jetzt bestellten neuen Bomber produzieren, vergehen anderthalb bis zwei Jahre, doch den Friedensvertrag werden wir Ende dieses Jahres unter-

[77] Im unkorrigierten Text folgt: „Ich sage, wen wir beweinen. Deshalb schickten wir Gen. Gromyko und sagten, daß er einen großen Kranz auf das Grab von Dulles legen sollte, denn".

[78] Unkorrigierter Wortlaut: „Kennedy ist generell ein unbekannter Mann in der Politik, deshalb drücke ich ihm mein Mitleid aus, weil er sowohl für die Republikaner als auch für die Demokraten ein Leichtgewicht ist, und der Staat ist zu groß, der Staat ist stark, und deshalb bedeutet dies eine gewisse Gefahr. Ich denke, daß Sie mich nicht verdächtigen, Mitleid mit Dulles zu haben, und sei es nur deshalb, weil er schon tot ist und deshalb mein Mitleid keinerlei Zweck verfolgen könnte."

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeichnen. Deshalb müssen wir dies einerseits als Druck auf uns verstehen, und andererseits gibt ihnen dies einen Ausweg zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Heute haben sie dort schon 5 Millionen Vollarbeitslose und eine Million Teilarbeitslose. Das gibt den Rüstungsfabriken die Möglichkeit, Aufträge zu erhalten[79]. Also selbst wenn der Krieg nicht direkt als Ziel verfolgt wird, ist dies trotzdem vorteilhaft für sie. Das ist es, weshalb man diese Sache ernst nehmen muß.

Aber, Genossen, ich würde trotzdem meinen, daß wir vom Schlimmsten ausgehen sollen, weil es immer besser ist, das Bessere nach dem Schlechteren anzunehmen, als das Bessere anzunehmen, und dann kommt das Schlechtere heraus. Ich verstehe, Genossen, weil ich mich selbst in dieser Lage befinde, daß die Hingabe an den friedlichen Aufbau[80] unsere Muskeln und unseren Willen schwächt, doch wir wären schlechte Politiker und Staatsmänner, wenn wir jetzt gar keine Konsequenzen zögen. Ich meine die Notwendigkeit, unsere Verteidigung zu verstärken und unsere Streitkräfte zu verstärken.

Natürlich, ohne Revision unserer Pläne kann man das nicht machen, weil unsere Pläne in einer Richtung ausgearbeitet sind und wir jetzt einen entscheidenden Schritt [in die andere] machen; folglich müssen wir uns darauf einstellen.

Hinzu kommt, daß die Amerikaner, Engländer und Franzosen, die doch eine Agentur bei uns haben, sagen werden, daß wir, wie sie es ausdrücken, bluffen, wenn wir diese Maßnahmen nicht ergreifen, und folglich werden sie den Druck auf uns erhöhen.

Deshalb glaube ich, daß wir unsere Verteidigungsminister beauftragen müssen, alles Nötige in Betracht zu ziehen, damit anschließend die Regierungen darüber urteilen und wir, die Länder des Warschauer Vertrages, alles nüchtern abwägen können, damit unsere Völker uns keinen Vorwurf machen, weil niemand die Garantie dafür geben kann, daß es keinen Krieg geben wird.

Wir haben im Entwurf des Parteiprogramms geschrieben, daß wir Frieden und friedliche Koexistenz wünschen. Aber wir haben auch darauf hingewiesen[81], daß, solange es die imperialistischen Länder gibt, sie uns den Krieg aufzwingen können. Und jetzt ist das eben so eine Situation.

Im Entwurf des Parteiprogramms[82] steht, daß wir den Kommunismus aufbauen, wir haben darin die Frist bestimmt, in der wir Amerika einholen. Heute sagen auch die Amerikaner, daß wir sie einholen werden; das hat McCloy gesagt, und das hat Kennedy in seiner Rede gesagt. Heute gibt es nicht wenige Politiker in England und Amerika, die erklären, daß es besser ist, unter dem Kapitalismus zu sterben, als unter dem Kommunismus zu leben.

Also, lassen Sie uns vom Schlimmsten ausgehen. Wenn wir vom Schlimmsten ausgehen, und das Schlimmste tritt nicht ein, dann gewinnen wir davon, wir werden besser vorbereitet sein. Wenn wir gut vorbereitet sind, dann wird der Gegner davon wissen und keinen

[79] Im unkorrigierten Redetext folgt: „und unterstreicht auf diese Weise ihre Entschlossenheit im Kampf gegen die Bedrohung durch die sozialistischen Länder".

[80] Im unkorrigierten Redetext folgt: „wie ein Gift wirkt".

[81] Im unkorrigierten Text: „Wir haben in unserem Programm geschrieben, daß wir den Frieden usw. wünschen. Wie ich Fanfani gesagt habe, er ist doch ein Katholik, daß unser Programm für uns eine Bibel ist und daß wir darin von der friedlichen Koexistenz geschrieben haben. Für uns ist das nicht ein Propagandatrick, das ist unser Glaube. Ebenda haben wir auch angemerkt". Die Formulierung „in unserem Programm" wurde erst in der Endfassung des Protokolls geändert.

[82] Unkorr. Text: „in unserem Programm". Auch hier wurde die Änderung erst nach der Redigierung im Autorenexemplar vorgenommen.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Krieg entfesseln, weil ein Krieg von ihm ungeheuere Opfer fordern wird, und das wird ihn zurückhalten.

Wir haben unsererseits gewisse Maßnahmen vorgesehen und planen auch weitere für die Zukunft. Doch wir werden sie nicht provozieren.

Ich habe McCloy gesagt, daß wir, wenn sie eine Division nach Deutschland verlegen, zwei [dorthin] verlegen werden; wenn sie die Mobilmachung erklären, werden wir auch die Mobilmachung erklären. „Wenn Sie", sagte ich, „so und so viele Divisionen in Kampfbereitschaft bringen, dann werden wir 150–200 Divisionen aufstellen – so viele, wie nötig sind. Mit einem Wort, bei uns fehlt weder der Wille, noch die Kraft."

Gegenwärtig führen unsere Militärs in Abstimmung mit der DDR einige Maßnahmen durch. Wir denken daran, Panzer entlang der ganzen Grenze zur Verteidigung aufzustellen. Man muß überall ganz dicht machen, weil der Gegner möglicherweise schwache Stellen sucht. Es ist notwendig, auch andere Mittel zur Verstärkung vorzubereiten.

Ich glaube, Genossen, daß alle Länder dies tun müssen: die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien – alle, weil wir uns in der Einkreisung des imperialistischen Lagers befinden. Gewiß, diese Einkreisung ist nicht besonders dicht, aber es gibt sie. Was unser Land betrifft, so haben wir den Reibungspunkt an den Dardanellen. Gen. Novotny hat in seiner Rede davon gesprochen, daß sie möglicherweise unsere Luft- und Seeverbindungen unterbrechen werden. Sie schreiben zur Zeit darüber. Doch ich würde es für wenig wahrscheinlich halten, falls kein Krieg kommt. Falls ein Krieg beginnt, dann ist es möglich. Die türkische Presse schreibt bereits darüber, daß die Türkei[83] die Dardanellen für die Schiffsdurchfahrt, die durch den bestehenden Vertrag gesichert ist, schließen wird. Ich halte die Türken nicht für solchen Helden, daß sie dies von sich aus tun würden. Wahrscheinlich ist dies mit den NATO-Ländern abgesprochen. Wenn sie aber unsere Schiffe anhalten, dann werden wir unsere U-Boote hinschicken und ihre Schiffe versenken. Ich glaube, daß sie sich nicht darauf einlassen werden, weil es Krieg bedeutet.

Was soll man tun? Gen. Ulbricht hat meines Erachtens das Problem richtig dargelegt. Man muß sich darauf vorbereiten, daß sie die Wirtschaftsbeziehungen mit uns abbrechen könnten. Das können sie tun. Ich glaube, falls man es in Prozent ausdrücken will, dann steht es fünfzig zu fünfzig. Aber auch was dies betrifft, werden sie es sich überlegen. Sie können die Beziehungen dann abbrechen, wenn sie sich für Krieg entscheiden. Dann ist es selbstverständlich. Aber ohne Krieg, nur im Sinne der Verschärfung der Spannungen, werden sie sich kaum darauf einlassen, weil sie wissen, daß sie damit nichts erreichen.

Aber ich habe schon gesagt, daß wir das Schlimmste annehmen und jetzt unsere Pläne ausarbeiten und abstimmen müssen, in der Erwartung, daß diese Beziehungen abgebrochen werden, daß ein Embargo erklärt wird und sie aufhören, mit uns Handel zu treiben. Das, würde ich sagen, ist sogar besser, es wird für uns nützlicher sein. Wir haben uns gegenwärtig dem friedlichen Aufbau hingegeben und gehen bisweilen zu weit. Ich werde keine Länder nennen. Das ist die innere Angelegenheit eines jeden sozialistischen Staates. Ich sage das deshalb, weil ich Fälle kenne, in denen einige Länder zu weit gegangen und dann zu uns gekommen sind und uns gebeten haben, Gold aus unseren Tresoren zu holen und ihnen Hilfe zu leisten, weil ihre Länder für bankrott erklärt werden könnten. Aber so geht es nicht. Wollen wir nach dem Prinzip leben: Wenn deine Hosen zu kurz sind, dann strecke die Füße nicht zu weit heraus. Können wir denn nicht, innerhalb unserer Gren-

[83] Im unkorrigierten Text folgt: „die Verträge wie ein heiliges Gebot einhalten und daß sie".

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zen, angesichts unserer unermeßlichen Räume und Reichtümer, ohne so etwas auskommen? Gehen Sie nicht zu weit. Man sagt uns, daß man im Westen alles besser macht, daß dort die Farben leuchtender und schöner sind. Wollen wir lieber die Probleme mit eigener Kraft lösen, statt in Abhängigkeit zu geraten. Ich bin nicht dagegen, aus kapitalistischen Ländern das zu importieren, was dringend gebraucht wird und wo sie uns klar überlegen sind. Doch einige gehen zu weit, und das rächt sich irgendwann. Wir kaufen auch viel von den Kapitalisten. Doch falls sie uns morgen erklären: „Wir geben Ihnen nichts von dem, was Sie bestellt haben", dann wird bei uns nicht einmal ein Spatz im Gezweig ein Zittern verspüren; das wird nicht den geringsten Eindruck machen und schädigt nur sie selbst, weil sie kein Geld für die Ausrüstungen erhalten, die wir in anderen Ländern bestellen werden. Das geht anders als erwartet aus.

Ich glaube, wir müssen der DDR helfen. Lassen Sie uns, Genossen, dies besser, tiefer und genauer ins Auge fassen. Ich glaube, daß wir selbst an der Sache schuld sind. Alle sind schuld, auch die DDR. Wir haben uns ein wenig in Sicherheit gewiegt, 16 Jahre sind vergangen, und wir haben die DDR immer noch nicht richtig freigelassen. Ich habe mehrmals mit unseren Wirtschaftsfachleuten und dem Gosplan darüber gesprochen, doch es ist offenbar so: Solange der Donner nicht grollt, bekreuzigt sich der Bauer nicht. Ihnen fehlt die Praxis.

Nehmen wir die Sowjetunion. Wir bauen jährlich Hunderte und Tausende neuer Betriebe. Doch in der DDR sind die gleichen Betriebe nicht ausgelastet. Also, geben wir doch die Aufträge, die wir an die neuen Betriebe vergeben, an die DDR. Doch das hängt auch von der DDR ab. Gen. Walter, euere Leute leisten auch Widerstand. Sie sind an bestimmte Standards gewöhnt, wie ich verstehe. Und diese Standards erfordern rostfreien hochfesten Edelstahl, wir jedoch bestellen den anderen. Natürlich muß man die Produktion umstellen, muß man die Aufträge nach unseren Bedürfnissen akzeptieren. Mit anderen Worten, wir würden einen Auftrag geben – z. B. zusammen mit dem Rohstoff –, doch dafür erhielten wir auch die Waren.

Mir hat der Gen. Walter gesagt, daß einige sozialistische Länder, darunter auch die Sowjetunion, Schiffe bestellen und verlangen, daß die Dieselmotoren aus England oder Westdeutschland kommen. Ich habe ihm ohne Umschweife gesagt, falls unsere darum bäten, dann sollen sie sie zum Teufel schicken. Mögen sie selbst lernen, Dieselmotoren herzustellen. Und wenn man den Auftrag gibt, dann soll man auch die Dieselmotoren dazugeben, weil es keine Valuta dafür gibt. Und dann kommt Gen. Nowikow (Novikov)[84] nicht wegen Valuta zu uns, weil er weiß: um Valuta nachzusuchen, das gleicht einem Gang durchs Fegefeuer, man wird ihm in solcher Valuta zahlen, daß er lange nicht auf dem Rücken liegen kann. Und das ist gut.

Zwischenruf: Wir werden nicht kaufen.

N. S. Chruschtschow: Wenn wir oder Sie es brauchen, werden wir kaufen, doch wenn es nicht nötig ist, werden wir nicht kaufen. Wir bestellen Schiffe, und Adenauer liefert sie uns. Wir bezahlen ihn. Warum soll man nicht in der DDR bestellen und die nötigen Dieselmotoren hinzukaufen? Wenn es nötig ist, werden wir es tun.

Genossen, ich möchte der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Sozialistischen Einheitspartei und dem Gen. Ulbricht für die heldenhafte Arbeit, die sie nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands geleistet haben, meine Anerkennung ausspre-

[84] V. N. Novikov – Vorsitzender der staatlichen Plankommission Gosplan.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen. Man muß sich nur einmal klarmachen, Genossen, was ihnen als Erbe hinterlassen wurde. Sie mußten mit unglaublichen Schwierigkeiten kämpfen. Jetzt haben sie eine Regierung, haben ein Parlament, sie haben mehrfach Wahlen durchgeführt und bei diesen Wahlen genauso viele Stimmen erhalten, wie wir in unserem Land für unsere Kandidaten erhalten. Sie haben es geschafft, die Arbeiter und einige kleinbürgerliche Elemente, die sie ihrer Führung unterstellt haben, zu vereinen. Ich finde, daß es ein Beleg von Weisheit, großem Mut und Fähigkeit ist, solche Ergebnisse erzielt zu haben.

Sie haben Schwierigkeiten. Sie haben die Kollektivierung durchgeführt. Ich muß sagen, daß wir die Kollektivierung bei uns vermutlich unter größeren Schwierigkeiten durchgeführt haben als sie. Kein Land kann die Kollektivierung ohne Schwierigkeiten durchführen, d. h. den bäuerlichen Eigentümer nehmen, ihn zum Kollektivbauern machen und erwarten, daß er uns auch noch Beifall zollt. Er kann das nicht verstehen. Das muß man wissen und es als unvermeidlich akzeptieren. Allerdings bedeutet das überhaupt nicht, daß man die Kollektivierung, wenn es dabei Schwierigkeiten gibt, nicht durchführen soll, weil man sie heute verschieben kann. Aber ich muß sagen, daß man die Frage des Aufbaus des Sozialismus ohne die Kollektivierung der Bauernschaft nicht lösen kann. Man kann sie eine Zeitlang hinauszögern, nicht aber die Aktion selbst beiseite legen. *Die deutschen Genossen*[85] haben das gut gemacht.

Gegenwärtig, Genossen, helfen wir alle der DDR. Ich werde nicht darüber sprechen, wer von uns am meisten hilft. Alle müssen helfen und müssen weiterhin helfen. Wollen wir es so betrachten: Wenn wir jetzt die Bedürfnisse der DDR nicht in Betracht ziehen und keine Opfer bringen, dann werden die deutschen Genossen nicht aushalten. Die inneren Kräfte reichen dazu nicht, die wirtschaftlichen Kräfte reichen dazu nicht. Und was bedeutet es, wenn die DDR liquidiert wird? Es bedeutet, daß die Bundeswehr bis zur polnischen Grenze vorrückt, zur Grenze mit der Tschechoslowakei vorrückt, es bedeutet, daß die Bundeswehr näher an unsere sowjetische Grenze und zur Grenze mit anderen Ländern heranrückt. Ich glaube, wenn das als Folge unseres mangelnden Verständnisses geschehen würde, dann würde es uns teurer zu stehen kommen, viel teuerer, nicht nur in politischer, sondern auch in materieller Hinsicht, als wenn wir jetzt das Nötige täten, um der DDR zu helfen und sie zu stärken. Indem wir ihre Position stärken, stärken wir unsere Position. Deshalb, Genossen, ist dies eine Hilfe, so würde ich sagen, *nicht nur für den Gen. Walter und die Deutschen in der DDR, sondern auch für uns selbst.*

Manchmal sagt man, daß der Lebensstandard bei ihnen höher ist, als in den anderen sozialistischen Ländern, höher als bei uns in der Sowjetunion. Für den Spießbürger ist dieser Zustand nicht normal[86], doch ein Politiker, er versteht seine Ursachen, weil, wenn wir jetzt ihren Lebensstandard an unseren angleichen, dann stürzen die Regierung und die Partei der DDR, das heißt, es kommt Adenauer hin. Also, Genossen, das muß man berücksichtigen, um so mehr, als Berlin eine offene Stadt sein wird. Sogar falls es eine geschlossene DDR geben wird, darf man dies trotzdem nicht in Erwägung ziehen und darf es nicht zulassen. Deshalb glaube ich, Genossen, daß wir Entschlossenheit und Nüchternheit zeigen und alles richtig abwägen müssen, um die richtige Schlußfolgerung zu ziehen. Was die Kosten betrifft, so wissen Sie, um welche Kosten es sich handelt. Wir unterhalten

[85] Im unkorr. Text: „Die Deutschen".

[86] Im unkorrigierten Text: „nicht für Walter und die Deutschen in der DDR.
Wenn man sagt, daß bei ihnen der Lebensstandard höher ist als bei uns, in der UdSSR, dann ist dies für den Spießbürger ein unmöglicher Zustand."

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der DDR Truppen in Höhe von mehreren Hunderttausend Mann, und jede Division kostet uns dort das Mehrfache von dem, was sie kosten würde, wenn sie bei uns stationiert wäre. Ich glaube, das ist allen bekannt. Man könnte uns sagen: Was bedeutet uns die DDR, wir sind stark, wir haben Waffen usw., wir werden an unseren Grenzen stehen. Das wäre tatsächlich eine nationale Beschränktheit, aber kein kommunistisches Verständnis der Aufgaben, welche vor uns Kommunisten stehen.

Wir sprechen über die Koexistenz, und wir alle tun alles dafür, daß diese Koexistenz gefestigt wird und daß die Grenzen der sozialistischen Länder sich erweitern, damit immer mehr Länder und Völker den Weg des Sozialismus einschlagen. Und das wird dann geschehen, wenn wir unser Lager festigen und [entsprechende] Bedingungen vor allem in der Deutschen Demokratischen Republik schaffen. Deutschland mit einem hohen Lebensstandard, das ist unser Musterland. Doch warum schlägt uns Adenauer gegenwärtig? Weil ihre Wirtschaft einen Boom durchmacht. Er schreit: [„]Bei Ulbricht gibt es Sozialismus, aber Milch gibt es bei ihm nicht, Kartoffeln gibt es nicht, aber ich, hier bitte, habe ihnen 5000 Tonnen Butter gegeben, nehmen Sie![“] Ein solches „Geschenk“, das ist ein Dolchstoß in den Rücken. Das ist eine Tatsache.

All dies müssen wir in Betracht ziehen; die Bedürfnisse der Deutschen Demokratischen Republik muß man ernsthaft berücksichtigen und sie wie eigene Bedürfnisse behandeln[87].

Nun zur Friedenskonferenz, zum Abschluß eines Friedensvertrages oder zur Konferenz der Vier Mächte. Ich glaube, daß sowohl das eine als auch das andere möglich ist. Ich werde jetzt nicht viel darüber sprechen, aber einfach zur Orientierung sage ich, daß sie eine Konferenz der Vier Mächte wollen. *Die Konferenz der Vier Mächte kann man als vorbereitende Maßnahme akzeptieren,*[88] weil dies nicht über die Unterzeichnung des Friedensvertrages entscheidet, also friert dies die gegenwärtige Lage ein.

Über den Konferenzort. Wo ist es am besten? Hier haben Genossen gesprochen und Zweifel in bezug auf Potsdam geäußert. Ich glaube, daß dieser Zweifel berechtigt ist. Doch ich glaube, daß man auch Moskau nicht nennen sollte. Meiner Meinung nach wären Prag oder Warschau die besten Orte für die Friedenskonferenz. Die Tschechoslowakei und Polen, das sind die Länder, die als erste durch Hitler besetzt wurden. Und es wäre richtig, *die Friedenskonferenz dorthin einzuberufen*[89]. Das wäre am besten. Außerdem wäre die Lage auch eine andere, weil es in diesem Fall ein Mitgefühl gäbe, aber in Potsdam, gerade da könnte es auch Provokationen geben. Das dürfen wir nicht zulassen. Ich habe auch nichts gegen Moskau. Wenn die Westler die Einberufung der Konferenz akzeptieren, dann werden sie eher Moskau nennen. Doch ich glaube, daß sie gegen Prag oder Warschau wenig Argumente haben, weil dies tatsächlich Länder sind, die gelitten haben.

Zu den Eisenbahntarifen für Militärtransporte in die westlichen Länder[90]. Darüber muß man nachdenken und sich dann darüber abstimmen. Doch ich schließe nicht einmal aus,

---

[87] Im unkorrigierten Text folgt: „Man muß erwähnen, daß Adenauer damit nur beweist, daß Kartoffeln gesalzen werden sollen. Wir wissen selbst, daß das stimmt. Und ich salze sie auch und rate Ihnen, sie zu salzen, aber in Maßen. Tun Sie nicht zu viel Salz darauf, weil eine maßvoll gesalzene Kartoffel besser ist als eine zu wenig oder zu viel gesalzene.“

[88] Im unkorr. Text: „Was die [Konferenz der] Vier betrifft, so wünschen wir dies eigentlich nicht.“

[89] Im unkorr. Text: „und die Deutschen dorthin, wo sie einen Überfall gemacht haben, mit dem Strick um den Hals zu ziehen, damit sie den Friedensvertrag unterzeichnen.“

[90] Gemeint sind die von Ulbricht erwähnten Transporte der Westmächte zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik, die zu veralteten Tarifen aus der Besatzungszeit durchgeführt wurden.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gen. Walter, daß man das vielleicht vor dem Abschluß des Friedensvertrages machen soll. Das ist eine wirtschaftliche Frage, weil die Lage so ist: unter Hitler gab es diese und jene Preise und Kosten für die Transporte, und wenn sie jetzt teurer sind – bitte bezahle; warum sollen sie die Militärgüter Englands, Frankreichs und Amerikas kostenlos transportieren? Doch man muß abwägen, ob das Fell des Lamms es wert ist, Leder daraus zu machen. Das würde natürlich Schwierigkeiten hervorrufen.

Zu den Arbeitern und Technikern für die DDR. Ich glaube, daß man helfen muß. Ich habe diese Frage mit dem Gen. Walter erörtert, als wir ein Gespräch geführt haben, und ich glaube, daß wir helfen können; wir haben die Möglichkeit dazu, wir können gute Jugendliche geben, wir können Ingenieure jeder Spezialisierung geben, und zwar so viele, wie nötig sind. Das stabilisiert die Lage und beseitigt jegliche Mängel. Wir drängen uns natürlich nicht auf, bei uns gibt es keine überschüssigen Arbeitskräfte und keine Arbeitslosen, doch 50 000 oder 100 000 können wir geben. Wir können sie aus Moskau, Leningrad und Kiew geben, Leute aus den Städten, Komsomolzen, um nicht einfach Arbeitskräfte zu schicken, die zu Hause nicht arbeiten können. Es ist vielmehr nötig, gefestigte, bewährte und wohlerzogene Leute auszusuchen, die etwas verstehen[91].

Na ja, Genossen, das war wohl alles. Vielleicht habe ich auch etwas ausgelassen. Ich habe den Text der Rede nicht in voraus angefertigt.

Ich bringe seitens unserer Partei die Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß zwischen uns volles Einverständnis besteht. Das ist sehr gut[92]. Sie können sich denken, *welche Befriedigung*[93] es für uns sein wird, falls wir den Friedensvertrag abschließen. Natürlich gehen wir ein Risiko ein, doch ohne Risiko geht es nicht. Welches Risiko ist doch Lenin eingegangen, als er im Jahre 1917 sagte, daß es eine Partei gibt, die die Macht in ihre Hände nehmen will. Alle haben gegen ihn geheult: „Mit wem, mit diesen Arbeitern, mit diesen ungebildeten Bauern? Was soll denn mit dieser Macht geschehen? Sie bricht von selbst zusammen." Und als die Macht dann ergriffen wurde, hat man das auch erwartet.

Heute haben wir eine andere Situation. Wir haben gezeigt, daß wir nicht nur an der Macht bleiben können, sondern auch die Macht in anderen Ländern erschüttern können, wie auch immer sie errungen wurde. Unsere Raumschiffe kreisen um den Erdball, während die hochgepriesenen Amerikaner wie Frösche hüpfen. Das verschafft auch eine innerliche Befriedigung. Sie fliegen nicht, sondern hüpfen bislang in den Weltraum. Aber, wie es heißt: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, das heißt bevor man den Frie-

---

[91] Im unkorrigierten Text folgt: „Man soll verheiratete und unverheiratete Männer und Frauen schicken. Sie werden deutsche Männer und Frauen heiraten, und das wird auch helfen, das gegenseitige Verständnis usw. zu festigen. Das gehört nicht zu unserer Tagesordnung, doch habe ich diese Frage nur so nebenbei angesprochen. Das ist eine Frage aus dem Alltagsleben. Einst hatte Stalin die Eheschließung mit Ausländern verboten, und das war ein großes Unglück für die Jugend. Ich erinnere mich, es war schon nach Stalins Tod, daß ein deutscher Kommunist einen Brief schickte und schrieb: ‚Helfen Sie bitte! Was soll ich tun? Ich habe eine Tochter, Ihr Offizier mag sie und will sie heiraten, sie will ihn auch heiraten, doch nach Ihren Gesetzen darf man das nicht.' Und das Präsidium des ZK hat diese Frage erörtert und beide Seiten zufriedengestellt (Heiterkeit im Saal): mögen sie heiraten. Ich weiß nicht, wie sich Gen. Ulbricht zu dieser Sache verhielt, die Bitte wurde jedenfalls nicht wiederholt. Wahrscheinlich sind sie in dieser Frage einig geworden."

[92] Im unkorrigierten Text folgt eine nicht ganz klare Äußerung: „Naložit' by imperializmu!" Sie kann entweder als „der Imperialismus – scheiß drauf!" oder „gib dem Imperialismus eins auf den Nacken!" übersetzt werden.

[93] Unkorr. Text: „Welches Vergnügen".

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

densvertrag unterschrieben hat. Doch wir glauben, daß wir das tun werden. Wollen wir es mit Bedacht, ohne Übereile tun. Man muß den Gegner von allen Seiten angehen und schrittweise seine Argumente zurückdrängen. Die öffentliche Meinung in der Welt ist gegenwärtig nicht nur in den neutralen Ländern, sondern auch in Amerika und England auf unserer Seite. Und ziemlich angesehene Leute äußern sich in diesem Sinne. So sagte ich gestern zu Fanfani: [„]Ich bin für den Vorschlag, den MacArthur macht. Haben Sie nicht den Verdacht, daß er auf die Seite der Kommunisten übergelaufen ist? MacArthur, das ist der ehemalige Oberbefehlshaber der USA im Pazifik. Auf den Philippinen hat er in einer Rede das befürwortet, was wir vorgeschlagen hatten: die außerhalb der eigenen Grenzen stationierten Truppen zurückzuziehen. Oder Feldmarschall Montgomery. Das ist doch kein Kommunist, das ist Ihr Oberbefehlshaber. Ich bin für das, was Montgomery sagt.["]

All das zeugt davon, daß in unserer Logik, in unseren vernünftigen Vorschlägen Kraft steckt. Sie sind klar, sie sind verständlich. Wir sind für den Frieden und nicht für den Krieg. Sie aber wollen den Krieg beginnen, falls wir den Friedensvertrag unterzeichnen. Also, wer steht für den Krieg und wer für den Frieden?

Ich möchte einige Beispiele anführen. Der Pressesprecher des US-Präsidenten, Salinger, hatte einmal unsere Journalisten eingeladen und Adschubei (Adžubej)[94] und Charlamow (Charlamov)[95] genannt. Sie sind hingefahren. Ich glaube, es ist nicht zufällig, weil Adschubei der Mann meiner Tochter ist. Also hatte man ihn weniger als Redakteur eingeladen. Vielmehr anscheinend deshalb, um ihm etwas ins Ohr zu sagen, damit er es Chruschtschow weitergibt. Sie haben die Einladung angenommen und sind gefahren. Salinger hat sie an einem Sonntag zum Ausspannen zu sich auf die Datscha eingeladen. Sie haben dort Lieder gesungen und sind herumgefahren und spaziert. Salinger sagt ihnen: [„]Ich habe einen Sohn, ich möchte ihn zu einer russischen Familie geben, damit er die russische Sprache lernt, und ich würde einen russischen Jungen zu denselben Bedingungen bei mir aufnehmen.["] Adschubei fragt ihn: [„]Was denn, Ihren Sohn wollen Sie uns ausliefern, aber Krieg gegen uns führen?["] Salinger sagt: [„]Wer will Krieg beginnen?["]

Ein anderes Beispiel: Kennedy hatte sie zu sich eingeladen. Sie fuhren zum Weißen Haus. Doch dort gab es plötzlich eine Stockung. Es wurde mitgeteilt, daß der Präsident in Anspruch genommen ist. Am nächsten Tag hat er sie tatsächlich empfangen. Was war passiert? Wir haben es so verstanden, daß er sie an jenem Tag, d. h. am Sonntag, nicht empfangen hat, weil der amerikanische Dolmetscher Akalowski sie begleitete. Es ist so, daß der eine Präsident geht, und der andere kommt ins Weiße Haus, doch Akalowski sitzt fest im Weißen Haus[96]. Und am nächsten Tag war Akalowski nicht mehr dabei. Es war [nun] unser Dolmetscher, und das hat eine große Bedeutung für den Präsidenten. Man sagt, daß nach meinem Besuch im US-Senat Streit wegen irgend einer Frage entstand. Da beschloß man nachzuschauen, wie Akalowski aufgezeichnet hatte, was Eisenhower und Chruschtschow gesagt hatten. Jetzt kann man das nicht tun, [denn] Akalowski war nicht dabei.

---

[94] A. I. Adžubej – Chefredakteur der Zeitung „Izvestija".

[95] M. A. Charlamov – Leiter der Presseabteilung im sowjetischen Außenministerium.

[96] Im unkorrigierten Text folgt: „Ich weiß es natürlich nicht, doch vielleicht haben die Polen Akalowski irgendwie ins Weiße Haus eingeschmuggelt. Jedenfalls verweist der Name auf einen polnischen Hintergrund. *Stimmen:* Rostow." Aus dem Text geht nicht hervor, ob die Stadt in Rußland oder etwa der Kennedy-Berater Walt Rostow gemeint ist.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Also, in dem Gespräch mit unseren Journalisten hat Kennedy viele freundliche Worte an die Adresse unserer Familie gerichtet[97]. Dann sagt er Adschubei: [„]Was soll ich tun? Wenn ich auf das eingehe, was Chruschtschow vorschlägt, dann verhaften mich die Senatoren.["] Was, sucht er etwa Mitleid bei mir, damit ich darauf verzichte? Das hat er gesagt, damit Adschubei es an mich weitergibt, damit ich [ihn] verstehe und dann weiter Ihnen zu verstehen gehe, daß seine Situation kompliziert ist, daß sein eigener Wille und sein eigener Wunsch nicht ausreichen. Dort ist die Situation sehr schwer. Also, es ist so, als ob ich für Kennedy Werbung mache, damit Sie nicht so streng sind. *Aber ich glaube, daß Sie mich richtig verstehen:* ich bin genauso ein Anwalt Kennedys wie Sie[98].

Also, unser ZK und unsere Regierung glauben, daß bislang die Vorbereitung besser verläuft, als wir erwartet haben. Es kommt noch das Tauwetter, aber die Hauptsache ist die [jetzige] Abkühlung. Deshalb ist es nötig, sich auf diese Temperaturschwankungen vorzubereiten und diese Entwicklungen durch unsere eigene Politik zu beeinflussen. Wir können das. Wir müssen jetzt unsere Taktik festlegen, die Zeit ist reif dafür. Bis jetzt ist hauptsächlich die Sowjetunion aufgetreten, nun muß man das irgendwie verteilen, so daß sich zu dieser Frage auch andere Länder, die gegen Deutschland Krieg geführt haben, äußern.

Das Kommunique, das wir verabschieden, wird eine große Bedeutung haben.

So, das ist unser Standpunkt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall).

[Der Vorsitzende Kádár verkündet eine Mittagspause bis 16 Uhr. Danach werde Genosse Ulbricht den Vorsitz führen.]

DRITTE SITZUNG
Abendsitzung, 4. August 1961

[Der Vorsitzende Ulbricht eröffnet die Sitzung und erteilt dem ungarischen Parteichef das Wort]

Die Rede des Gen. KÁDÁR[99]

[Kádár erklärt zunächst seine Übereinstimmung mit dem Projekt des Friedensvertrages und der Schaffung einer Freien Stadt Westberlin. Er unterstützt auch die Absicht, notfalls ohne die Westmächte vorzugehen. Allerdings plädiert er dabei für Kompromißbereitschaft:]

Verehrte Genossen! Es ist selbstverständlich, daß wir bei der Vorbereitung der Lösung einer so komplizierten Frage alles Mögliche tun müssen, um eine Lösung auf dem Wege von Verhandlungen und mit friedlichen Mitteln zu erzielen. Das bedeutet, daß auch ein annehmbarer Kompromiß möglich sein muß.

---

[97] Im unkorrigierten Text folgt: „Der Präsident und ich sind durch Hunde zu Verwandten geworden: Seine Frau wünschte sich einen Welpen von der Hündin Strelka, die im Weltraum herumflog. Ich schickte ihr ein Hündchen – was kostet es mich, dem Präsidenten ein Hündchen zu schicken? Und ich denke, daß unser Hund es nicht übel nimmt, daß er in eine kapitalistische Einkreisung geraten ist."

[98] Im unkorrigierten Text: „Sie werden sich gegen mich wenden, doch ich werde mich wehren, doch die Hauptsache ist, ich beabsichtige nicht, mich zu wehren; weil ich glaube, daß Sie richtig verstehen, was für ein Anwalt Kennedys ich bin."

[99] Blatt 108–113.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wir unterstützen den Standpunkt der deutschen Genossen, daß die Mindestbedingungen eines solchen Kompromisses [folgende] sind: die Liquidierung der gegenwärtig in Westberlin durchgeführten Spionage- und Diversionstätigkeit und die Regelung der Personen- und Frachttransporte, die über das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin führen, auf der Grundlage konkreter Verträge.

Auch wenn man die Einschätzung teilt, daß im Zusammenhang mit dem Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland die Wahrscheinlichkeit eines Krieges gering und die Möglichkeit eines Wirtschaftsboykotts groß ist, so müssen wir dennoch auf alle Eventualitäten gefaßt sein.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, meinen wir, daß es selbstverständlich ist, daß wir aufgrund unserer Konferenz dem Oberbefehlshaber der Vereinigten Streitkräfte Marschall Gen. Gretschko (Grečko) den Auftrag erteilen, entsprechende abgestimmte Vorbereitungen für die Vereinigten Streitkräfte zu treffen.

[Kádár schlägt des weiteren eine Reihe von kollektiven Maßnahmen auf politischem, propagandistischem und wirtschaftlichem Gebiet vor, darunter ein Koordinierungsgremium, das aus je einem Politbüromitglied der kommunistischen Parteien der Staaten des Warschauer Vertrages bestehen soll. Die Bevollmächtigten der einzelnen Parteien sollten bis zum 20. August benannt werden. Kádár erklärt sich ebenfalls damit einverstanden, daß eine gemeinsame Beratung der grundsätzlichen Fragen aus Anlaß der Feierlichkeiten zum 44. Jahrestag der Oktoberrevolution und im Zusammenhang mit dem XXII. Parteitag der KPdSU in Moskau stattfinden soll. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Fragen führte Kádár aus:]

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Fragen möchten wir folgendes sagen: Ich habe schon erwähnt, daß wir unserer Meinung nach im Rahmen dieser Konferenz einen Teil der wirtschaftlichen Fragen, die vom Gen. Ulbricht aufgeworfen worden sind, nicht lösen können. Diese Fragen müssen der noch zu ernennenden Sonderkommission übergeben werden. Das gleiche meine ich auch zu den Vorschlägen der deutschen Genossen in bezug darauf, daß wir, die übrigen Länder, die Sicherstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der DDR von der BRD und die Versorgung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik garantieren.

Es ist klar, daß der wirtschaftliche Feldzug gegen die Deutsche Demokratische Republik, der allem Anschein nach am 15. August beginnt, eine besondere Frage von allergrößter Bedeutung darstellt. Der DDR muß die größtmögliche Unterstützung gewährt werden.

Allerdings teile ich die Auffassung des Gen. Gomułka, der schon darauf hingewiesen hat, daß es ein Fehler wäre, diese Frage nicht in allen ihren größeren Zusammenhängen zu erörtern. Man muß damit rechnen, daß für den Fall, daß die BRD einen wirtschaftlichen Feldzug gegen die DDR führen wird, die gesamten Nato-Länder dasselbe tun werden. Und andererseits: Falls diese Länder einen Wirtschaftskrieg gegen die DDR führen, dann werden sie diesen auch auf alle sozialistischen Länder ausdehnen. Die Volksrepublik Ungarn wickelt ungefähr 30 Prozent ihres Außenhandels mit dem kapitalistischen Westen ab, und ein Viertel davon entfällt auf die BRD. Soweit uns bekannt, verhält es sich im Außenhandel einer Reihe von anderen sozialistischen Staaten Europas genauso.

Gerade deshalb müssen wir die Frage der Gewährleistung der Ungestörtheit unserer Industrieproduktion und der Versorgung der Bevölkerung unserer Länder in allen Zusammenhängen erörtern und lösen.

[Nach einigen abschließenden Floskeln Kádárs erteilt der Vorsitzende Ulbricht dem Vertreter der Mongolischen Revolutionären Volkspartei das Wort.]

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Rede des Gen. Z. DUGERSUREN[100]

[Der mongolische Vertreter spricht ein kurzes Grußwort und erklärt die volle Unterstützung der Mongolei für die sowjetische Außenpolitik und die im Hinblick auf den Abschluß des Friedensvertrages erörterten Maßnahmen.

Daraufhin erteilt der Vorsitzende Ulbricht das Wort dem Vertreter der Partei der Arbeit Koreas.]

Die Rede des Gen. LI CHE-SUN[101]

[Auch der koreanische Vertreter drückt in einem kurzen Beitrag die volle Unterstützung für die Außenpolitik der UdSSR und die von Ulbricht vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen aus. Er ist jedoch der einzige, der den Blick auch auf Asien und China lenkt und erklärt:]

Die Genossen, die hier gesprochen haben, haben die Notwendigkeit betont, in diesem Zusammenhang eine hohe Wachsamkeit walten zu lassen. Mit Blick auf die gegenwärtige Lage in Korea und im Fernen Osten glauben wir, daß auch wir jeden Schritt der Feinde aufmerksam verfolgen und uns ernsthaft auf die mögliche Auslösung überraschender Provokationen vorbereiten müssen, um mit allen in Frage kommenden Intrigen der Feinde fertig zu werden.

Vor kurzem hat unser Land mit der Sowjetunion und der Volksrepublik China Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe geschlossen. Diese Verträge dienen dem koreanischen Volk als mächtige Stütze bei seinem erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und der zuverlässigen Verteidigung seiner Errungenschaften gegen Anschläge der Imperialisten. Sie haben dem amerikanischen Imperialismus, der tollwütig versucht, eine aggressive Politik und Kriegsvorbereitung durchzuführen, einen ernsten Schlag versetzt. Diese Verträge stellen ein zuverlässiges Pfand für die Vereitelung feindlicher Umtriebe im Hinblick auf die Entfesselung eines Krieges und ein Pfand für die Bewahrung und Festigung des Friedens in Korea und im Fernen Osten dar.

[Mit einigen weiteren derartigen Floskeln beendet Li Che-sun seine Ausführungen. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, erklärt der Vorsitzende Ulbricht die Konferenz bis 14 Uhr des 5. August für unterbrochen.]

VIERTE SITZUNG
5. August 1961[102]

[Der neue Vorsitzende Gomułka erteilt dem chinesischen Vertreter das Wort. Dieser drückt kurz das chinesische Einverständnis mit den Schritten aus, die im Hinblick auf den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und die Lösung des Berlin-Problems erörtert worden sind. Sodann verliest er im Namen des ZK der Kommunistischen Partei Chinas eine Kritik am Ausschluß der Delegation, d. h. des inzwischen abgereisten einzigen Vertreters der Partei der Arbeit Albaniens und bittet um die Aufnahme Albaniens in die Liste der Unterzeichner des Abschlußkommuniqués. Die anschließende Diskussion dreht sich dann nur noch um die Frage der Haltung Albaniens, das vom chinesischen Vertreter unterstützt und von den anderen Delegierten kritisiert wird, wobei der

[100] Blatt 113–115.
[101] Blatt 115–118.
[102] Blatt 119–151.

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

koreanische Vertreter das Wort nicht ergreift. Der Vorschlag Schiwkows, über die Frage zu diskutieren, ob Albanien noch Mitglied der Staaten des Warschauer Vertrages bleiben könne, wird nicht weiter diskutiert.

Im Anschluß an diese Aussprache wird das kurze Grußwort des Vertreters der Partei der Werktätigen Vietnams verlesen. Es lautet:]

„An den Vorsitzenden der Konferenz der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages.

Erklärung Vo Nguyen Giaps.

Namens der Partei der Werktätigen Vietnams und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam übermitteln wir allen Teilnehmern der Konferenz der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages einen heißen Gruß und drücken die volle Übereinstimmung mit dem Inhalt des Referats des Genossen Walter Ulbrichts zur Frage der Vorbereitung des Abschlusses des Friedensvertrages mit Deutschland aus.

Wir wünschen der Konferenz Erfolg.

Gezeichnet: Vo Nguyen Giap."

[Im Anschluß stellt der Vorsitzende Gomułka fest, daß zum Text des Abschlußkommuniqués keine Aussprache gewünscht wird und erklärt es damit für angenommen. Nachdem die Vertreter der Staaten des Warschauer Vertrages das Kommuniqué unterschrieben haben, erklärt Gomułka die Konferenz unter „stürmischem Beifall", den das Protokoll verzeichnet, für beendet.]

Jahrgang 48 (2000), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte